

Posener Zeitung.

Das Abonnement

auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.

Bestellungen

nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate

(1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Dienstag, den 19. November d. J. früh 8 Uhr

findet in allen 30 Urwahl-Bezirken unserer Stadt die Wahl der Wahlmänner in den öffentlich bekannt gemachten Lokalen statt. Mögen auch die deutschen Urwähler mit Eifer, Emsigkeit und Einigkeit ihre Wahlvorbereitungen treffen, damit einmütig, ohne Zersplitterung, die Würdigsten unter den Würdigen gewählt werden, und kein deutscher zur Ausübung der Wahl berufener Mann seines Rechts sich begeben!

Zur gef. Beachtung.

Um unserm Seher- und Druckerpersonal die Ausübung des Wahlrechts bei der morgen stattfindenden Wahlmännerwahl zu ermöglichen, und um gleichzeitig noch an demselben Tage die Namen der in unserer Stadt gewählten Wahlmänner mittheilen zu können, wird morgen, Dienstag, d. 19. d., unsere Zeitung statt 4 Uhr, ausnahmsweise erst um 5 Uhr Nachmittags an die hiesigen Abonnenten ausgegeben werden.

Die Redaktion.

An die Herren Wahlvorsteher

der Wahlbezirke unserer Stadt richteten wir in diesen Tagen die Bitte, gef. sofort nach dem Schlusse der Wahlen am 19. d. uns die Namen der Wahlmänner mittheilen zu wollen. Wir wiederholen dieselbe heute hier mit dem Hinzufügen, daß wir zu unserm Bedauern uns außer Stande sehen würden, die Namen der Gewählten aus den Bezirken, von welchen das ausgefüllte Schema uns nicht bis spätestens morgen Nachmittags 2 Uhr zugegangen, noch in der morgenden Nummer unserer Zeitung mitzuthellen.

Die Redaktion.

Amtliches.

Berlin, 17. Novbr. Se. Majestät der König haben Allernachst geruht: Dem Justizrath und Ober-Bürgermeister Groddes zu Danzig den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem emeritirten Superintendenten von Willig zu Franzburg, dem bisherigen Direktor der Provinzial-Gewerbeschule zu Stettin, Ludwig Ciesken, und dem Stadthalter Friedrich Wilhelm Schulze zu Charlottenburg den Rothen Adlerorden vierter Klasse, dem pensionirten Strafanstaltsaufseher Martin Sielaff zu Mülheim, im Kreise Luerfurt, das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Schuzmann Wigot zu Berlin, dem Porzellanfabrikanten Friedrich Wilhelm Albert Penncke zu Charlottenburg und dem Matrosen vierter Klasse Giesch von der Matrosendivision der Marineinfanterie der Dittie die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; ferner den Prediger Stahn an der hiesigen Friedrich-Werderschen Kirche zum Konsistorialrath und Mitgliede des Konsistoriums der Provinz Brandenburg zu ernennen; auch den nachbenannten Offizieren die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu erteilen, und zwar: des Kommandeurkreuzes erster Klasse des Königlich hannoverschen Guelphen-Ordens: dem Kommandanten von Minden, General-Major Tigner; des Komthurkreuzes erster Klasse des Herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Ordens: dem Kommandeur des 1. Westfälischen Infanterieregiments Nr. 13, Obersten von Willeben; des Ehren-Kreuzes erster Klasse vom Großherzoglich oldenburgischen Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig: dem Kommandanten von Wittenberg, dem Major und Eskadronchef von Puhl, dem Premierlieutenant Grafen von Wedell, und dem Ober-Stabs- und Regimentsarzt Dr. Geisler, im Westfälischen Kürassierregiment Nr. 4; des mit dem Großherzoglich oldenburgischen Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig verbundenen Allgemeinen Ehrenzeichens erster Klasse mit der goldenen Krone: dem Zahlmeister, Lieutenant a. D. Widd der vom Westfälischen Kürassierregiment Nr. 4; des Komthurkreuzes zweiter Klasse mit Schwertern vom Militär- und Zivil-Verdienstorden Adolphs von Nassau: dem Kommandeur des Westfälischen Infanterieregiments Nr. 5, Oberst-Lieutenant Freiherrn von Richtig; des Ritterkreuzes mit Schwertern vom Militär- und Zivil-Verdienstorden Adolphs von Nassau: dem Major und etatsmäßigen Stabsoffizier Freiherrn von Hilgers, dem Major und Eskadronchef von Bielefeld, und dem Premierlieutenant und Eskadronchef Vietzsch, im Westfälischen Infanterieregiment Nr. 5; der vierten Klasse mit Schwertern vom Militär- und Zivil-Verdienstorden Adolphs von Nassau: dem Premier-Lieutenant Freiherrn von Wilsch, dem Premier-Lieutenant von Bodelschwing, und dem Premier-Lieutenant Freiherrn von Locquenghien, im Westfälischen Infanterieregiment Nr. 5.

Dem Königl. Eisenbahn-Baumeister Geigler zu Gladbach ist die Kreisbaumeister-Stelle zu Riebeck verliehen worden.

Se. Königl. Hoheit der Kronprinz von Preußen, und Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl von Preußen sind von Breslau wieder hier eingetroffen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen hat sich von Breslau nach Dresden begeben.

Angekommen: Se. Excellenz der Westliche Geheimrath und Geheim-Kabinetsekretär Maitre von Breslau; der General-Major und Kommandeur der 25. Infanterie-Brigade, von Ragmer, von Münster.

Die in Nr. 267 des Staats-Anzeigers vom 8. d. Mts. enthaltene Bekanntmachung, betreffend den Schullehrer Burghardt zu Gelsa im Mansfelder Seekreise, ist dahin zu berichtigen, daß derselbe nicht das Allgemeine Ehrenzeichen, sondern den Rothen Adler-Orden vierter Klasse erhalten hat.

Der Königl. Hof legt morgen die Trauer auf drei Wochen für Seine Majestät den König Dom Pedro V. von Portugal und Algarbien an.

Berlin, den 16. November 1861.
Das Ober-Cerimonienmeister-Amt.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 17. Nov. [Dom Hofe; Tagesnachrichten.]) Unsere Majestäten sind vom Schlosse Sagan gestern

Abends im besten Wohlbefinden hierher zurückgekehrt. Der Kronprinz war bereits am Morgen mit seinem Adjutanten Oberstlieutenant v. Dbernitz von dort hier eingetroffen, weil er der Ministerkonferenz beizuwohnen wollte, die Vormittags 11 Uhr im Hotel des Staatsministeriums stattfand. Der Kronprinz blieb bis zum Schlusse, der erst 3 1/2 Uhr erfolgte. Bei der Ankunft der Majestäten auf dem Frankfurter Bahnhofe waren die königlichen Prinzen, der General-Feldmarschall v. Wrangel, der Stadtkommandant v. Alvensleben und der interimistische Polizeipräsident v. Winter zum Empfange anwesend. Abends war im königlichen Palais Begegnung, zu der außer den Mitgliedern der königlichen Familie auch die Minister v. Auerwald, Graf Bernstorff und v. Schleinitz geladen waren. Um halb 9 Uhr fand vor dem königlichen Palais unter Wieprecht's Leitung der solenne Zapfenstreich statt, welcher von 580 Mann ausgeführt wurde. Der König erschien wiederholt mit dem Kronprinzen auf dem Balkon, die Königin befand sich mit den Mitgliedern der königlichen Familie an den Fenstern. Die Musikaufführung, die meist aus Märschen bestand, dauerte etwa 3/4 Stunden. Obwohl sich auf dem Plage eine sehr große Volksmenge angesammelt hatte, so kam doch keine Störung vor. Heute arbeitete der König, nach dem Besuche der Kirche, mit den Ministern v. Auerwald und Grafen Schwerin und empfing später einige Militärs und den Grafen Rangan. Gestern war derselbe bei dem Minister Grafen Bernstorff zum Diner, zu welchem die sämtlichen Räte und einige hier anwesende königliche Gesandte eingeladen erhalten hatten. — Der König beabsichtigte am Donnerstag nach Belgien zu gehen und dort einige Tage zu jagen; man glaubt aber, daß diese Hoffnungen wegen des Ablebens des Königs von Portugal unterbleiben werden; ebenso höre ich, daß der König wegen der 3 Wochen dauernden Trauer dem Herzog von Braunschweig keine Theilnahme an den Jagden bei Blankenburg habe ablagen lassen. — Gleich nach den Wahlen sollen einige erledigte Gesandtschaftsposten wiederbesetzt werden. Graf Bernstorff hat bereits seine Vorschläge gemacht und die betreffenden Höfe sind, wie ich erfahre, mit denselben einverstanden. — Heute hatten wir ein recht trübes Wetter; fast den ganzen Tag fiel Schnee, der aber gleich zu Wasser wurde.

[Zu den Wahlen.] Der Minister des Innern hat in Bezug auf die Ausführung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus verfügt, die Regierungen sollen die Wahlkommissionen und Wahlvorsteher auf folgende Punkte aufmerksam machen: 1) Es ist streng darauf zu halten, daß in den Wahlversammlungen keine anderen Personen anwesend sind, als die Wahlberechtigten und Wahlkommissionen resp. Wahlvorsteher; 2) die Wahlprotokolle der Urwahlen müssen von dem Wahlvorsteher „sogleich und direkt“ dem betreffenden Wahlkommissar überhandt werden. Durch Erlass vom 7. d. sind die Wahlkommissionen angewiesen, sogleich nach beendeter Wahl sowohl dem Minister des Innern direkt, wie der Bezirksregierung das Resultat der Wahl, und zwar möglichst auf telegraphischem Wege, mitzuthellen, und sofern sie nicht auf frühere Abgeordnete, deren Parteistellung bekannt, gefallen ist, so weit thunlich, diese zu bezeichnen.

[Für die Flotte.] Bei dem hiesigen Bankhause Plath und Welf sind von dem Geschäftsführer des Nationalvereins, dem Notar Streitz zu Koburg, abermals 30,000 fl. zur Auszahlung an das Marineministerium angewiesen worden. Die Summe der bisher von dem Nationalverein für die Flotte aufgetragenen Beiträge beläuft sich somit auf 90,000 fl.

Oesterreich. Wien, 15. Novbr. [Das Reskript an den kroatischen Landtag.] Den beiden Häusern des Reichsraths wurde vorgestern vom Minister des Innern die Mittheilung über das an den kroatischen Landtag erlassene Reskript gemacht, und die deutsche Uebersetzung dieses langen Aktenstückes vorgelesen. Der Hauptpunkt des eben so ernst als wohlwollend gehaltenen Dokuments ist: unverbrüchliche Festhaltung am Staatsgrundgesetz, wie es sich im Oktoberdiplom und Februarpatente befindet. Neu ist die Ausführung, daß die Beschlüsse des Agramer Landtages von 1848 bei der Absaffung und dem Erlass des Oktoberdiploms maßgebend gewesen, und daß der König sich den Dank des treuen Volkes im dreieinigem Königreiche habe zu erwerben hoffen müssen, indem er jenen offenen und klaren Beschlüssen in angemessener Weise die Sanktion erteilte; damals hatten die Kroaten in mehrfachen Repräsentationen die Gesamtheit des Staates als unerlässliche Grundlage anerkannt und für ein Reichsparlament zur Ordnung der gemeinsamen Angelegenheiten votirt. Auf diese Beschlüsse beruft sich nun der König und die Regierung, und nur das Mißtrauen, welches im letzten Jahrzehnt die Gesinnungen irre führte, könne eine andere Tendenz und ein anderes Ziel haben. Die Verdienste der Kroaten um Thron und Reich werden wiederholt anerkannt, aber mit aller Entschiedenheit auf die Bedürfnisse der Großmacht hingewiesen. Die Kroaten erhalten eine eigene kroatisch-slavonische Hofkanzlei. Das Verhältnis zu Dalmatien könne erst dann in freiem Einverständnis mit dem dalmatinischen Landtag geschlichtet werden, wenn das Verhältnis Kroatiens zu Oesterreich festgestellt ist. Das Verhältnis zu Ungarn wird in jenem Sinn von der Krone anerkannt, wie

es der kroatische Landtag aufstufte, und sonach ist die Trennung von dem bei den 1848er Begegnungen verharrenden Ungarn legitimirt; ein neuer staatsrechtlicher Verband kann nur im Einvernehmen des Pesther und Agramer Landtags mit Sanktion der Krone erfolgen. Hiermit ist zugleich die souveräne Selbständigkeit der Krone zuwimmig anerkannt, jedoch will der Kaiser keine separate Krönung vornehmen lassen, sondern erst die letzte Entscheidung über die magyarischen Angelegenheiten abwarten. Die Ernennung des Banus wird als ein Recht der Krone in Anspruch genommen, jedoch steht es dem versammelten Landtage frei, seine Wünsche deshalb zu äußern. Das Institut der Militärgrenze sei noch eine Nothwendigkeit, jedoch werde die Zusammengehörigkeit mit Kroatien beachtet, und das Weitere den späteren Modifikationen vorbehalten. Die nationale Sprache soll in Amt, Kirche und Schule geschützt werden, aber man könne nicht verlangen, daß die Reichsfinanz- und Heeresangelegenheiten in den verschiedenen Sprachen der Länder ausgetragen werden; dabei müsse man sich der deutschen Sprache bedienen. Die Auflösung des Landtags wird damit motivirt, daß der sich mit dem Staatsgrundgesetz im Widerspruch befinde, während doch nur auf dieser Basis eine Verständigung möglich sei. (N. Z.)

[Tagesnotizen.] In Lemberg ist das im Jahre 1819 erlassene Verbot der Herausgabe von Druckschriften in der jüdisch-deutschen Mundart aufgehoben worden. — Aus Pesth, 13. d., wird der „Presse“ gemeldet: Von den heute erschienenen Blättern sind „Szigony“, „Magyar Sajto“ und „Naplo“ wegen Mittheilung einer vorgeschalteten Demonstration konfisziert worden. In Debreczin hat der Magistrat, in Torontal und Temesvár haben die Komitatsbeamten sämtlich abgedankt. — Eine Korrespondenz der „Presse“ aus Benedig führt die angeblichen Bauernunruhen im Vicentinischen auf einen an und für sich ganz unbedeutenden Vorfall zurück. — Die Schraubenfregatte „Novara“ ist zu Triest nach vierjähriger angestrengter Arbeit und unter Mitwirkung von mehr als 500 Personen auf die Werfte St. Rocco gezogen worden, wo ihre Umwandlung in ein Schraubenschiff bewerkstelligt werden soll.

[Ernennungen und Entlassungen.] Die „Wiener Ztg.“ meldet, daß der Kaiser zum Administrator des Eisenburger Komitates den gewesenen Statthalter-Bezirkspräsidenten Grafen Hermann Zichy unter gleichzeitiger Verleihung der Geheimrathswürde ernannt, den Obergespan des Krassauer Komitates, Emanuel Gogobu, auf sein Ansuchen von dieser Würde entbunden, zum Obergespan des Salader Komitates den disponiblen Komitatsvorstand Ludwig v. Bogday ernannt und die Obergespanne des Weissenburger und des Békésyer Komitates, Grafen Johann v. Sziraky und Freiherrn Bela v. Wenkheim auf ihr Ansuchen von der Leitung des Komitates, dann den Obergespan des Szabolcsyer Komitates, Emrich v. Szarmy, und den Erbobergespan des Komorner Komitates, Grafen Leopold v. Radashy, und zwar Ersteren von der Stelle, Letzteren hingegen von der Leitung des Komitates entbunden hat.

[Die „Nar. Listy“ über die Schillerfeier.] Die „Nar. Listy“ besprechen die Prager Schillerfeier in einer Weise, welche glänzendes Zeugnis giebt von der überaus freundlichen Gesinnung, die das genannte Blatt für die deutschen Bewohner Prag's bezeugt. Die „Nar. Listy“ sagen: „Das harmlose Fest der deutschen Studentenschaft verdient unsere Aufmerksamkeit in zweifacher Hinsicht; zuerst, weil sich darin ein patriotischer Geist offenbart, den wir bei Sänglingen, welcher Nationalität immer, gern erblicken. Möge der Deutsche die Männer ehren, welche sich Verdienste um das Deutschthum errangen, so wie der Slave das Gedächtniß jener Männer seines Stammes feiern soll, welche segensreich zum Gediehn des slavischen Volkes wirkten. Es verdient aber die sonntägige Feier der Deutschen auch darum unsere Aufmerksamkeit, weil sie uns einen Beweis liefert, daß das deutsche Element, sonst ziemlich bewegungslos, wieder etwas Leben äußert. Deutsche Demonstrationen auf unserm heimischen Boden sind uns ein guter Barometer des politischen Wetters. Ueberhaupt lehrte uns eine vieljährige Erfahrung, daß sich unser nationales czechisches Element in Zeiten der Freiheit manifestirt; das deutsche dagegen unter dem Schilde der Reaktion und unter der Protection der Polizei und der bürokratischen Regierung mühsam sich zum Leben durcharbeitet. Wir brauchen nicht erst zu fragen, ob um die Lokalitäten des deutschen Vereins, als dort am Sonntag lärmend das Gedächtniß des deutschen Dichters gefeiert wurde, ebenso bewaffnete Polizeiwachen aufgestellt waren, wie dies am 8. November auf dem weißen Berge geschah, als man dafür hielt, daß das Kirchlein am weißen Berge am genannten Tage von einigen czechischen Patrioten besucht werden wird, um dort still die Trauerfeier des unglücklichen Verhängnisses zu begeben, das an jenem Dreie die czechische Nation traf.“ Einem Kommentars bedürfen diese Bemerkungen der „Nar. Listy“ nicht, sie sprechen deutlich genug.

[Die Armee Omer Pascha's und die türkische Regierung.] Die „Wiener Korrespondenz“ hatte behauptet, daß Omer Pascha und seine Truppen in der Herzegovina von der türkischen Regierung völlig vernachlässigt würden; daß Omer Pascha sich durch den Mangel an Truppenverstärkungen zur Unthätigkeit verurtheilt sehe und deshalb durch die türkische Gesandtschaft in Wien seine Entlassung nach Konstantinopel geschickt habe. Die

Porte ignozte auch dieses Dimissionsgesuch, schickte keine Verstärkungen nach der Herzegowina, und Fürst Kallimachi habe beschloffen, nach Konstantinopel zu eilen, um die Sache persönlich zu betreiben (s. Nr. 269). Von ganz zuverlässiger Seite hört nun die „Presse“, daß alle diese Angaben ein Gewebe von Unrichtigkeiten sind. Dmer Pascha hat niemals an den türkischen Gesandten in Wien geschrieben, und dieser müßte die Uebernahme der Demission des Feldherrn, falls sie ihm zugemuthet worden wäre, ablehnen da derlei nicht zu seiner Kompetenz gehört. Die Schritte der türkischen Gesandtschaft in Wien in Bezug auf die Herzegowina beschränken sich darauf, daß Fürst Kallimachi an die österreichische Regierung das Ansuchen stellte, Dmer Pascha in Bezug auf Zufuhr von Proviant u. s. w. jede mögliche Erleichterung zu gewähren. Letzteres soll bereitwilligst zugestanden worden sein, und wurden dem Feldmarschalls-Lieutenant Mamula dem entsprechende Instruktionen erteilt.

— Ueber Verhandlungen zwischen der ungarischen Hofkanzlei und einigen Obergespanen wird dem „Szigony“ gemeldet: „Der Körörer Distrikt und das Zaránder Komitat sind mit der ungarischen Hofkanzlei in eine sehr bemerkenswerthe Unterhandlung getreten. Der Oberkapitän des Körörer Distriktes hat im Namen des Ausschusses und des Beamtenkörpers erklärt, daß sie bereit sind, Steuern zu zahlen, Rekruten zu stellen und überhaupt den Anordnungen der Regierung Gehorsam zu leisten, wenn die Regierung die außerordentlichen Maßregeln auf ihren Distrikt nicht ausdehnt. Dem Vernehmen nach hält die Hofkanzlei in ihrer Antwort es für nöthig, daß diese Erklärung durch den Ausschub, als die Repräsentanz des Körörer Distriktes, geschehe, weshalb die Hofkanzlei erlaubt hat, daß der Ausschub eine Sitzung hatte. Wenn der Ausschub sich im Sinne des Oberkapitäns äußert, so wird die Hofkanzlei die Sache Sr. Majestät unterbreiten, und sie drückt in ihrer Antwort die Hoffnung aus, daß der Körörer Distrikt in seiner bisherigen Organisation und im bisherigen Zustande belassen werden wird. Der Obergespan des Zaránder Komitates, Herr Pipos, hat eine ähnliche Erklärung an die Hofkanzlei geltend, doch weil er sie in walachischer Sprache machte, schickte die Hofkanzlei das Dokument mit der Bemerkung zurück, daß die Komitate im Sinne der bevorstehenden Gesetze verpflichtet sind, mit den Distrikten in ungarischer Sprache zu verkehren. Dem Vernehmen nach sucht auch der Fürst-Primas einen Ausweg, um den außerordentlichen Zustand von seinem Komitate abzuwenden.“

Bayern. München, 15. Nov. [Militäranlehen.] Das Staatsministerium der Finanzen hat bereits heute an die Staatschulden-Zilungs-Anstalt die Weisung erlassen, sofort zur Realisirung des neuen Militäranlehens zu schreiten. Das betreffende Ausschreiben wird demzufolge noch im Laufe dieser Woche erfolgen. Das Anlehen wird zu 4% verzinst und erhält die Obligation halbjährige Zinskoupons. Die Einzahlungen sind al pari zu leisten und zwar die Beträge bis zu 100,000 fl. sofort vollständig, und Beträge von 100,000 fl. an aber vorerst nur 10%, und die weiteren Theile in dreimonatlichen Raten; dabei werden die Zinsen für den ganzen Betrag von der Einzahlung zu 10% an gerechnet. (S. P. 3.)

Hannover. 15. Nov. [Diplomatische Mittheilung in Betreff der Flotten-Angelegenheit.] Wie der „N. P. Z.“ mitgetheilt wird, hatte der General-Sekretär v. Wigandor Anfangs Oktober in seiner offiziellen Eigenschaft als Gesandter am dänischen Hofe sich auf kurze Zeit nach Kopenhagen begeben, um bei dem auf den 6. Oktober fallenden Geburtsfeste des Königs von Dänemark anwesend zu sein. Während seiner dortigen Anwesenheit erhielt er den Auftrag, den von Hannover beabsichtigten Antrag der dänischen Regierung mitzutheilen, in derselben Weise, wie derselbe den übrigen Bundesregierungen mitgetheilt wurde. Der betreffende Erlaß, gleichlautend an alle betreffenden hannoverschen Gesandten gerichtet, ist datirt Hannover den 8. Oktober 1861, und lautet folgendermaßen: „Ew. Hochwohlgeboren verzeihe ich nicht davon in Kenntniß zu setzen, daß die königliche Regierung sofort nach dem Wiederzusammentritt der hohen deutschen Bundesversammlung bei derselben den abschriftlich hierneben erfolgenden Antrag einzubringen beabsichtigt. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß derjenige Theil des Küstenverteidigungssystems für die Nord- und Ostsee, welcher sich auf die Bildung einer Flottile von Dampf-Kanonenbooten bezieht, eine rasche Förderung unumgänglich erheischt und, rücksichtlich der formellen Behandlung, eine Trennung von den übrigen, dem Bunde vorgeschlagenen Verteidigungsmitteln ohne Nachtheil zuläßt, so wie daß die erforderlichen Kosten jener Flottile, wie auch die Bundes-Militärkommission in ihrem Gutachten vom 11. Juli d. S. annimmt, aus gemeinschaftlichen Mitteln des Bundes zu bestreiten sein werden. Da eine beschleunigte Herstellung der Flottile tief im Interesse des deutschen Bundes und der hohen Bundes-Regierungen liegt, so beauftrage ich Eure Hochwohlgeboren, der z. h. vonon schleunigst eine Mittheilung zu machen und damit das Ersuchen zu verbinden, den diesseitigen Antrag unterstützen und ihren Bundestagsgesandten anweisen zu wollen, für die rasche Erledigung der Sache zu wirken und jenem Antrage zuzustimmen. Empfangen ic. (gez.) Platen-Hallermund.“

Sachsen. Dresden, 15. Nov. [Amtliche Berichtigung.] Der „N. C.“ und die „Allg. Ztg.“ hatten behauptet, daß der ehemalige Polizeioffiziant Rang in Nürnberg sein berühmtes „Schwarzes Buch“ an sächsische Polizeibeamte verkauft habe. In Folge dessen hat der Minister des Innern, v. Beust, amtliche Erörterungen anstellen lassen, über deren Resultat der Minister in einer durch das „Dresd. Journ.“ veröffentlichten Berichtigung Folgendes bemerkt: „In Verfolg dieser Erörterungen hat sich herausgestellt, daß alle dort referirten Thatfachen, insoweit sie das unterzeichnete Ministerium und insbesondere das dort genannte Mitglied desselben betreffen, ohne Ausnahme erdichtet und unwahr sind. Denn es ist unwahr, daß der dort genannte Rang das Manuscript zu dem fraglichen Buche an den Geh. Rath Körner alhier gesendet, oder daß der letztere mit jenem Rang bei dieser oder bei einer anderen Gelegenheit jemals mittelbar oder unmittelbar in Korrespondenz oder sonstiger Verbindung gestanden habe. Es ist ferner unwahr, daß der Geh. Rath Körner jemals Vorstand der Polizei in hiesiger Stadt gewesen sei und das fragliche Manuscript angekauft habe oder habe ankaufen lassen, ingleichen daß derselbe den bei der hiesigen Polizeidirektion angestellten Polizeirath Müller zur Vervollständigung oder sonstigen Bearbeitung und Herausgabe des Rangischen Manuscripts beauftragt habe. Es ist eben so unwahr,

daß das unterzeichnete Ministerium seine Genehmigung zur Herausgabe des fraglichen Werkes gegeben habe. Es ist endlich unwahr, daß der Geh. Rath Körner das letztere versendet, und daß derselbe späterhin noch Berichtigungen zu dem Werke habe nachtragen lassen. Der Geh. Rath Körner hat bei der Herausgabe und Veröffentlichung des mehrgedachten Werkes, überhaupt in Bezug auf dessen Erscheinen, in keiner Weise mitgewirkt. Der Polizeirath Müller hat demselben einmal mitgetheilt, daß er, als der damalige Redakteur des „Allg. Polizei-Anzeigers“, von einem auswärtigen Beamten ein Verzeichniß derjenigen Personen in den deutschen und außerdeutschen Ländern empfangen habe, welche, wegen der in den Jahren 1848 und 1849 hier und da stattgefundenen revolutionären Bewegung, zur gerichtlichen Untersuchung und Bestrafung gezogen worden seien, und daß er dasselbe genauer bearbeiten, und sodann auf seine Rechnung drucken lassen, jedoch nicht durch den Buchhandel im Publikum verbreiten, sondern lediglich an Polizeibehörden ablassen wolle. Darauf ist ihm aber vom Geh. Rath Körner der Rath erteilt worden, von dem ganzen Unternehmen abzusehen, weil es ihm bei der nach seiner Angabe beabsichtigten Ausdehnung des Werkes gar nicht möglich sein würde, über die betreffenden Personen aus den verschiedenen Ländern sichere und altemäßige Nachrichten zu erlangen. Es ist jedoch späterhin das Werk von dem Polizeirathe Müller, ohne Nennung des Verfassers, herausgegeben worden. Das unterzeichnete Ministerium sieht sich veranlaßt, diese amtliche Berichtigung hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Dresden, am 12. November 1861. Königlich sächsisches Ministerium des Innern. Frhr. v. Beust.“

Baden. Karlsruhe, 15. Nov. [Kompromiß.] Die Differenz über Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens hat, dem „Schwäb. Merkur“ zufolge, durch eine Art Kompromiß ihre Erledigung gefunden. „Der nahe Zusammentritt unserer Stände, bei denen die Sache zur Sprache gekommen wäre,“ schreibt man dem genannten Blatt, „voraussichtlich keineswegs in einer den kirchlichen Ansprüchen günstigen Weise, hat noch in letzter Stunde zu einem Uebereinkommen geführt. Nach diesem wird das sogenannte rein kirchliche Vermögen, d. i. alle jene Fonds, bei denen nicht die Interessen der Gemeinden im Einzelnen oder in ihrer Gesamtheit betheiligt sind, der unmittelbaren und ausschließlichen Aufsicht und Verwaltung der kirchlichen Behörden unterstellt. Hierher gehören unter Anderem die theilweise nicht unbedeutenden Kapitelfonds. Alle lokalen kirchlichen Fonds oder das Kirchengemeindevermögen wird wie bisher durch besondere Stiftungsvorstände, bestehend aus dem Pfarrer, Bürgermeister und zwei oder drei gewählten Gemeindegliedern verwaltet. Die Oberaufsicht hierüber, so wie die Verwaltung des allgemeinen kirchlichen Landesvermögens soll eine einzulegende gemischte Stiftungsbehörde führen, deren Mitglieder je zur Hälfte vom Staat und der erzbischöflichen Kurie ernannt werden. Wie die Zusammensetzung dieser Behörde, so ist auch das Verfügungsrecht künftig ein gemeinsames. Bei so verständigen und sachgemäßen Bestimmungen kann man sich nur freuen, daß endlich ein Hauptanstoß zur vollständigen Ausgleichung des kirchlichen Konflikts entfernt ist.“

Hamburg. 15. Nov. [Preßprozesse.] In dem in voriger Woche vor dem Niedergerichte verhandelten Preßprozeß gegen den „Nordstern“ wegen des durch das Becker'sche Attentat veranlaßten Aufjages: „Nachtgedanken eines Berrückten“ wurde vorgestern das Urtheil publizirt, welches auf 300 Mk. Geldstrafe und Zahlung der Prozeßkosten lautet. — Die Verhandlungen in dem Preßprozeß des (freigesprochenen) „Freischütz“ sind unter dem Titel: „Der Rostocker Hochverrathsprozess vor dem Forum des Hamburgischen Niedergerichts“ erschienen. (N. 3.)

Mecklenburg. Schwerin, 15. Novbr. [Antrag zu Gunsten der Juden.] Die Handwerkerkurie der Rostocker Bürgerrepräsentation hat die Zulassung der Juden in Rostock beantragt. Bis dahin ist nämlich der Ausschluß der Juden von der Niederlassung in beiden mecklenburger Seestädten Rostock und Wismar, noch in unveränderter Uebung.

Sächs. Herzogth. Koburg, 16. Nov. [Schulkonvention mit Preußen.] Es steht jetzt für das Herzogthum Koburg-Gotha eine Schulkonvention mit Preußen bevor, die Aehnliches mit Hinsicht auf die Lehrer der herzoglichen Gymnasien zu Gotha und Koburg und der herzoglichen Realschule stipuliren soll, wie die Militärkonvention mit Hinsicht auf die Offiziere. Die Sache ist, wie die „Kob. Ztg.“ aus authentischer Quelle erfahren hat, nur noch abhängig von den Berichten, welche die Direktoren der Lehrerkollegien der drei Anstalten über die Sache abstaten werden, und von dem Urtheile, das die Kommission des Landtags darüber fällen wird.

Großbritannien und Irland.

London, 15. Nov. [König Dom Pedro von Portugal.] Die „Times“ widmet dem Könige Dom Pedro V. einen kurzen Nachruf. Sie schreibt: „Das beste Lob, welches man ihm erteilen kann, besteht darin, daß seine Regierung in einer Zeit großer Verwirrung ohne ein politisches Ereigniß verfloßen ist. Er bestieg einen konstitutionellen Thron, und er beobachtete die Gesetze, hielt sich innerhalb der Schranken der Verfassung und wußte sich die Liebe seiner Unterthanen zu erhalten. Wir sind so wenig durch Nachrichten aus Portugal gestört worden, daß Viele unter uns kaum den Namen des Herrschers oder den politischen Charakter seiner Regierung kannten. Daß seine Heirath ihn in eine Art von verwandtschaftlicher Beziehung zu unserm eignen Königshause gebracht hatte, und daß das alte Bündniß zwischen Portugal und England noch immer ein festes und herzliches war, darauf beschränkte sich so ziemlich das, was in der Vorstellung des Publikums lebte, auf welches ja unheilvolle Ereignisse immer den lebhaftesten Eindruck machen. Der vom Tode so früh hinweggerastete junge Mann hatte eine vortreffliche Erziehung genossen und hatte den guten Willen, sich den Pflichten seiner Stellung und dem Dienste seines Landes zu widmen. Er hat ein ruhiges und zufriedenes Königreich hinterlassen. Sein Bruder und Nachfolger Ludwig Philipp wird finden, daß es großer Fortentwicklung fähig ist. Wenn er der Mann dazu ist, seine Hülfsmittel zu entsaften und den Frieden, dessen es sich jetzt erfreut, zu benutzen, so kann Portugal, eben so wie Spanien, wieder an Bedeutung unter den Nationen steigen. Jedenfalls wollen wir hoffen, daß er nicht hinter den Verdiensten seines Bruders zurückbleiben, sondern daß er die

Rechte seiner Unterthanen achten und kein neues Element der Zwietracht in den gegenwärtigen Zustand Europa's hineintragen wird.“

— [Ueber die Ernennung Foulds] bemerkt die „Times“: „Frankreich hat endlich entdeckt, daß es eine Macht giebt, welche Heeren Halt gebietet, dem Ehrgeiz Schranken setzt, den Ruhm auf eine unzugängliche Höhe hinstellt und dazu zwingt, daß man der Befriedigung des Geschmacks entsage. Trotz der ungeheuren Zunahme des Reichthums, welche die gegenwärtige Regierung charakterisirt hat, befanden sich die Finanzen des Landes doch stets in einem zweifelhaften Zustande, und man räumt jetzt allgemein ein, daß eine Zeit der Sparsamkeit beginnen muß. Der Pariser Millionär ist bloß der Typus seiner Landsleute. Er für seine Person thut das, was sie unter der Führung des Kaisers als Gesamtheit thun. Sein Gewinnst ist groß, und zwar entspringt derselbe nicht nur aus dem gewöhnlichen regelmäßigen Geschäfte, sondern auch daraus, daß aus den Wendungen des Glückes Vortheil gezogen und jedes Bläschen, welches der politische Strom empormirzt, beobachtet wird. Aber wenngleich der französische Millionär ein reicher Mann im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist, so blicken doch seine nächsten englischen Freunde mit Argwohn auf ihn; denn er, ein Mann von gestern, lebt, wie diesseits des Kanals nur diejenigen leben, welche großen erteilten Reichthum besitzen und die Vertreter nicht nur ihres eigenen Kapitals sind, sondern auch des Kapitals, welches eine Reihe von Vorfahren aufgehäuft hat. Der Franzose zeigt durch seine Ausgaben, daß er jährlich so und so viel Franken zu verzehren hat; aber die Leute können sich des Gedankens nicht erwehren, daß er sie, wie jener Irländer, eben nur auf ein Jahr hat. Eine geräumige Wohnung, für die er eine fabelhafte Miete zahlt, oder vielleicht eine Villa in dem neuen Stadttheile, welcher für die vornehme Welt aus dem Erdboden ersteht, geschmackvolle Möbel, treffliche Gemälde, seltene Bücher, bloß dazu gekauft, um damit zu prahlen, kostspielige Gastmähler und vielleicht noch kostspieligere kleine Privatvergünungen erregen das bedenkliche Staunen der schlichten Bewohner unserer Thyrnria (fashionabler Stadttheil Londons), die zufällig etwas davon wissen, wie es mit den Geschäften jenes Franzosen steht. Eben so verhält es sich im Großen mit Frankreich. Wir kennen unsere Leistungsfähigkeit und wissen recht gut, daß wir alles das, was jenseit des Kanals geleistet wird, nicht würde leisten können. Wir sind ferner im Stande, uns eine Art Urtheil über den Reichthum der beiden Länder zu bilden, und wenn wir auch die großen Fortschritte, welche Frankreich gemacht hat, keineswegs verkennen, gehen wir doch nicht so weit, zu glauben, daß es mit diesen großen öffentlichen und Privatausgaben so forgeren kann. Wenn auch ein Theil dieser Ausgaben sich wieder bezahlt gemacht hat, so sind doch ohne Zweifel ungeheure Summen bloß zu dem Zwecke verausgabt worden, um Ruhm für die Nation und Popularität für das wiederhergestellte Kaiserreich zu erkaufen... So gar in England pflegen wir darüber zu klagen, daß der vernünftige Grundlag, die Ausgaben vom Einkommen abhängig zu machen, statt das Einkommen zu steigern, um die Ausgaben bestreiten zu können, von Nationen nicht in derselben Weise wie von einzelnen Personen beobachtet wird. In Frankreich aber treibt man den Unfug viel weiter, indem nicht nur die ganze Regierung die Ausgaben der Nation festsetzt, sondern Heer, Flotte, öffentliche Bauten und schöne Künste ihr besonderes Budget haben, so daß jeder einzelne Minister sein Steckenpferd auf Kosten des zahlenden Publikums reiten kann. Wenn wir gerecht gegen Herrn Fould sein wollen, so müssen wir sagen, daß, wenn er sich auch zu gefügig gegen den kaiserlichen Willen und die Forderungen seiner Kollegen erwiesen haben mag, er doch stets für einen Gegner der gegenwärtigen Verschwendung gegolten hat. Auch mußte sich in der That jeder Finanzminister, der nur das geringste Selbstgefühl besaß und irgend etwas von seinem Geschäfte verstand, gegen ein System empören, durch welches seine Kont-ole über die Staatsausgaben vollständig aufgehoben wurde und kraft dessen ein jeder andere Minister sich ein Budget für sein besonderes Departement zurecht machte und es für unverträglich mit seiner Würde hielt, wenn der Antheil seines Nebenbuhlers an der Rationalverschwendung größer als sein eigener war. Es gereicht dem Kaiser sehr zur Ehre, daß er sich endlich dazu entschlossen hat, einen Mann wieder in sein Ministerium zu berufen, der jedenfalls die Fähigkeit besitzt, die Dinge in die Ordnung zu bringen. Die für das leichte Lustspiel tauglichen Mitglieder der politischen Truppe, die Walewski, Persigny, Morny, mögen für das auswärtige Amt oder das Ministerium des Innern, oder für glänzende Gesandtschaften, wo es gilt, den Reichthum oder die Pracht Frankreichs zu zeigen, oder Unzufriedene durch Manifeste und Verwarnungen einzuschüchtern, ganz gut sein. Aber eine folgereichere Natur ist erforderlich, wenn es nöthig ist, sich jene Macht zu bewahren, welche glänzende Gesandte abschicken und unruhige Journalisten zum Schweigen bringen kann. Wenn Frankreich nicht gut genährt und gut bekleidet ist, so wird es die schweren Steuern nicht zahlen wollen, welche dem kaiserlichen System Kraft verleihen. Schon seit mehreren Jahren hat ein harter Druck auf dem Lande gelastet; der erste Unglücksfall würde denselben beinahe in eine wahre Folter verwandeln. Wer durch Frankreich reist, wird finden, daß außer der ungeheuren Wehrkraft, welche aus den allgemeinen Einnahmen bestritten wird, jedes Departement die Anreizung dazu erhalten hat, so viel Geld, wie möglich auszugeben, und in ein paar Jahren das zu thun, was das Werk eines ganzen Menschenalters hätte sein sollen. Wenn auch das, was das Kaiserreich schafft, nützlich ist, so hat es doch zu rasch gearbeitet, und der beste Freund, den es haben kann, wird derjenige sein, welcher sagt, daß genug für den Ruhm gethan, und daß es jetzt an der Zeit ist, das Glück des Volkes zu Rathe zu ziehen.“

— [Eine Manifestation in Karolina für die Union.] Zum ersten Mal seit dem Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges hat die „Times“ Veranlassung, eines Vorfalles zu erwähnen, der auf die innere Kraft der Sklaventaaten ein ungünstiges Licht werfen kann, aber sie warnt zugleich ihre Leser vor weitgehenden Schlüssen aus dem einzelnen Symptom. Hyde County in Nord-Karolina soll nämlich die Nähe des Unionsgeschwaders benutzt haben, um sich für die Union zu erklären. Die „Times“ bespricht diese Manifestation in einem Leitartikel, der im Wesentlichen sagt: „Man hat nicht ohne Grund bemerkt, daß die ungünstige Ansicht über den Stand der nordischen Sache bei uns Engländern meistens daher rühre, daß wir über das Thun und Lassen der Unionsregierung so viel mehr als über das ihrer Gegner erfahren. Endlich ist wenigstens ein Zipfel des Schleiers von dem, was im Süden vorgeht, gelüftet. Der Süden ist nicht ganz so einig, wie uns der Anschein glauben ließ. Die Bundesregierung hat auf einem einzigen Punkt des südlichen Gebiets Fuß gefaßt, und die unmittelbare Folge war eine Empörung unter den konföderirten Behörden. Indeß macht der Gang zur Uebertreibung, der ein Hauptfehler der amerikanischen Presse ist, ein Urtheil über die wirkliche Tragweite des Ereignisses äußerst schwierig. Man muß daher die Nachricht mit großer Voricht

aufnehmen. In der Kirche von Hatteras, einige englische Meilen von dem gleichnamigen, jetzt im Besitz der Unionregierung befindlichen Vorgebirge, sind 111 Abgeordnete der Bürger von Hyde County in Nord-Karolina als Konvent zusammengetreten, um ihren Verband mit den Konföderirten zu zerreißen und sich der Union wieder anzuschließen. Wie es scheint, wäre der Konvent schon im Mai abgehalten worden, wenn die konföderirte Regierung ihn nicht durch eine eigens dazu abgeordnete Truppenabtheilung verhindert hätte. Das Volk der Grafschaft Hyde hat eine Unabhängigkeitserklärung entworfen, die sich darauf stützt, daß die Führer der Konföderation als „Tyranen“ regieren; daß sie das Municipalgesetz des Staates verstümmelt, fast jeden Punkt der Bill of Rights verlegt, den Staat in Empörung gestürzt, seinen Handel zerstört, Gewaltthaten, Bluthvergießen und Diebstahl begangen, Preß- und Redefreiheit, Schwurgericht und Freiheit der Wahlen aufgehoben und außerdem eine Beschränkung des Stimmrechts in Aussicht gestellt hätten. Der Konvent schlug vor, der Hand die Einsetzung einer provisorischen Regierung vor; und wir hören, daß eine Grafschaft Nord-Karolina nach der anderen dem Beispiel der „alten demokratischen Hyde“ folge, und daß die Revolution sich wahrlich bald über den ganzen Staat ausbreiten werde. Dies nun ist gerade der Punkt, über den wir so frei sind, unsere Meinung und vorzubehalten. Der Konvent von Hyde ist, wie wir gern glauben wollen, ein wirkliches Ereigniß, gerade wie unlängst bei Neworleans ein wirkliches Gefecht stattfand, obgleich durchaus nicht unter den Umständen, unter denen die Kama es ursprünglich stattfinden ließ. Es mag den Union-Anhängern ein Leichtes sein, unter den Kanonen der Vereinigten Staaten-Streitmacht die Oberhand zu erringen; aber schwerer sollte es ihnen werden, im ganzen übrigen Staat, wo jetzt wenigstens die Bundesregierung ihnen nicht den Rücken decken kann, gegen die Konföderation aufzutreten. Bis wir etwas mehr über die Rundgebung erfahren, wird es wahrscheinlich das Klügste sein, ihr nicht zu viel Gewicht beizulegen.“

London, 16. Nov. [Telegr.] Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus New York vom 5. d. war daselbst das Gerücht verbreitet, daß die Seerpedition der Union 25 Meilen von Charleston angelangt sei. Es hieß ferner, daß eine Schlacht zwischen den Konföderirten und General Fremont bevorstehe.

Frankreich.

Paris, 15. Nov. [Die Reformen in der Finanzverwaltung; Urtheile der Presse; aus Italien; Prinz Czartoryski.] Die Ernennung Foulds zum Finanzminister ist eher erfolgt, als man nach dem Ausgang des am Dienstag gehaltenen Ministerrathes erwarten durfte. Allein die öffentliche Meinung war merkwürdig durch die Verzögerung, da sie Fould als den Helfer gewissermaßen anlab, und so sah man sich denn genöthigt, die betreffenden Dekrete, sowie die Briefe des Kaisers an Fould und Walewski nebst dem Memoire des ersteren bereits gestern der Öffentlichkeit zu übergeben. Der Eindruck, den diese Aktenstücke, namentlich das an Walewski gerichtete Schreiben und der Bericht des neuen Finanzministers auf das Publikum gemacht haben, ist ein außerordentlicher. Die Verhandlungen während der letzten Session des Corps législatif und die im Herbst eingetretene Krise hatten deutlich genug bewiesen, daß die Finanzverwaltung einen falschen Weg eingeschlagen habe: sowohl der Kaiser wie sein neuer Minister befehlen es offen. Mit einer höchst anerkennungswerthen Selbstüberwindung spricht Napoleon es aus, daß dem Budget unveränderliche Grenzen gezogen werden müßten, indem die ihm zustehende Machtvollkommenheit, den Ministerien außerordentliche Kredite zu eröffnen, unterdrückt und der Landesvertretung das Recht eingeräumt werde, über das Budget nach Kapiteln, oder wie es im Text seines Briefes heißt, nach großen Sektionen abzustimmen. Der Kaiser willigt in diese Beschränkung seiner Macht, indem er erklärt, daß die Prärogative der Krone für ihn weder ein geheiligtes Depositum, noch eine Erbschaft seien, welche unangetastet auf seinen Sohn übergehen müsse; er, der vom Volke Erwählte, sei jeder Zeit bereit, nutzlose Prärogativen aufzugeben. Diese Sprache, so wenig der kritische Beobachter in derselben die Phrasen verkennen kann, ist natürlich geeignet, auf die liberale Partei in Frankreich einen tiefen Eindruck zu machen. Auch das Memoire Foulds zeichnet sich, abgesehen von seinem Inhalt, durch die Freiheit und Sicherheit der Sprache aus, wie sie bisher wohl nicht in den Spalten des offiziellen Organs der bonapartistischen Regierung zu finden gewesen ist. Fould gleicht in seiner Auseinandersetzung einem Manne, der mit einem Licht in der Hand in einen dunklen Keller hinabsteigt. Wir finden keine Spur der gewöhnlichen Devotion, welche Alles gut zu finden bereit ist, und von der die Berichte der Minister nicht minder wie die Artikel der offiziellen Journale uns so manches Beispiel gegeben hat. Er legt den Finger auf jede Wunde, und verbirgt nicht, daß große Verlegenheiten, ernste Gefahren drohen, wenn man nicht schleunigst das System wechselt, wenn nicht die Regierung sich der Freiheit entkleidet, Ausgaben ohne Kontrolle des gesetzgebenden Körpers zu dekretiren. Gleichzeitig scheut er sich nicht, den Widerspruch in der Verfassung zu beleuchten, welche der Vertretung des Landes eine Kontrolle einräumt, allein 18 Monate später, nachdem die Ausgabe geschehen ist, eine Kontrolle, welche ohnehin nur gegen das Staatsoberhaupt gerichtet sein kann, da die Minister diesem allein verantwortlich sind. Es bestätigt dies, was ich in einem früheren Briefe Ihnen bereits gesagt, daß nämlich Fould auch nach dieser Seite hin eine Reform beabsichtigt. Augenblicklich indessen handelt es sich zunächst um Beseitigung der außerordentlichen Kredite; an ihrer Stelle schlägt er der Regierung einen Ersatz vor, indem er zugestimmt, daß die den einzelnen Ministerien im Jahre 1858 ausgerechneten Pauschalsummen den Ansprüchen nicht genügen, der gesetzgebende Körper daher eine größere Summe normiren müsse. Es ist dies in dem sonst so vortrefflichen Aufsatz eine bedenkliche Seite. Fould weist uns die bedeutenden Defizits eines jeden Jahres nach, und verlangt eine Erhöhung des Budgets, die nur durch Anleihen oder durch Einführung neuer Steuern möglich ist. Dieser Punkt wird indessen von der Mehrzahl der Blätter, ich glaube sogar von nicht einem einzigen erwähnt, und es ist wohl gerathen, ihrem Beispiele zu folgen, d. h. abzuwarten, wie sich Herr Fould selbst aus diesem Dilemma ziehen wird. Wenn in einzelnen politischen Kreisen neue Hoffnungen auf bevorstehende weitere Reformen ausgesprochen werden, so ist leider anzunehmen, daß dieselben weniger gegründet sind, als man anzunehmen berechtigt war. Es scheint in der That, als ob Fould gegenüber der Opposition der Minister einige nicht unwesentliche Konzessionen auch seinerseits gemacht und sein Programm modifizirt hat.

Die Nachrichten aus Italien lauten heute zum ersten Male wieder günstiger. Die Stellung Ricapoli's scheint augenblicklich gesicherter, als dies in der letzten Zeit der Fall war. Wunderbarerweise ist es gerade die Reise Ricapoli's nach Paris gewesen, welche diesen Umschwung in der öffentlichen Meinung veranlaßt. Seitdem die offiziellen Blätter hier Ricapoli's Lob in jeder Tonart gesungen, scheint man sich in Italien von Neuem vor der Freundschaft Napoleons zu fürchten, welcher schon öfter als einmal ihnen gezeigt hat, wie wenig uneigennützig sie ist. Auch Garibaldi soll sich in einem

Ricapoli günstigen Sinne dem König Victor Emanuel gegenüber brieflich ausgesprochen haben. — In Bezug auf den Erlaß des Prinzen Czartoryski, welcher in dem Großherzogthum Polen zirkulirt, wird es Ihnen nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß ein großer Theil der hiesigen politischen Emigration durchaus unzufrieden mit demselben, wie überhaupt mit dem Gebahren jenes Prinzen ist. Gegenüber der Möglichkeit gemeinschaftlichen Handelns war im vorigen Winter eine entschiedene Entzweiung zwischen den verschiedenen Parteien unter den Flüchtlingen hergestellt worden. Jetzt sind sie von Neuem zerfallen, und die demokratische Partei steht fast feindlicher als je den aristokratisch-kerikalischen Polen gegenüber.

Höchst ergötzlich ist die Sprache der offiziellen Presse, welche ihres Jubels kein Ende weiß, und sich in den erbärmlichsten Schmeicheleien ergeht. Die Krone von allen verdient indessen der Direktor des „Constitutionnel“, der bekannte Dr. Béron, welcher sich nicht scheut, die Modifikation der Verfassung mit Exclamationen wie die folgende zu begrüßen: „Napoleon ist der einzige Herrscher in der Geschichte, welcher ein Beispiel solcher Selbstverleugnung im Interesse des Landes gegeben, der einzige Herrscher in der Geschichte, welcher das Beispiel eines freiwilligen Opfers und des Sieges der Vernunft über den Stolz gegeben!“ In der That, wenn man einmal lobt, so kann man es nicht stark genug thun, scheint das Prinzip Bérone's zu sein, der im weiteren Verlauf seines Artikels behauptet, kein Reformator habe jemals so kühne, so radikale Maßregeln vorgeschlagen. Der „Temps“ allein verhält sich ernst prüfend; mit leisem Hohn hebt er hervor, daß dieselben Ideen, welche jetzt die Spalten des offiziellen Blattes füllen, so oft Veranlassung zu Avertissements gegeben hätten. Zur Strafe dafür erwähnen ihn die „wohlgesinnten“ Blätter in den Rundschau nicht, welche sie nach der Art der Polizei thun, um sich über die Urtheile der Blätter über die Reform zu unterrichten. An dieser Strafe dürfte Herr Résser nicht allzu schwer zu leiden haben.

Paris, 14. Nov. [Die Denkschrift Foulds.] Die telegraphisch erwähnte Denkschrift des zum Finanzminister ernannten Herrn Fould enthält eine Darstellung der Gesetzgebung, Verwaltung und Lage der Finanzen in Frankreich während der Regierung Napoleons III. Wir entnehmen derselben nachstehende Bemerkungen:

Als nach der Revolution von 1830 die parlamentarische Gewalt einen ungeheuren Zuwachs erhielt, kamen bald neue Ansprüche zum Vorschein. Sie verriethen sich durch Zerstückelung der verschiedenen Budgets in eine erhebliche Anzahl von Kapiteln und durch eine in das Budgetgesetz eingetragene Namhaftmachung derjenigen von diesen Kapiteln, auf welche die Regierung während der Zwischenzeit zwischen den Sessionen berechtigt war, Kredite zu eröffnen. Diese Vorsicht war unnütz, denn diese Liste umfaßte in Folge des fortwährenden Kampfes der Minister gegen die Finanzkommissionen zuletzt über fünfundsechzig Kapitel. Die Rednerbühne und dann die Presse machten von diesen Debatten großen Raum. Sie griffen die Finanzverwaltung lebhaft an und machten sie in der öffentlichen Meinung verdächtig. Die Finanzreform wurde bei den Wahlen eine Waffe gegen die Regierung. Die beklagenswerthen Folgen dieser parlamentarischen Kämpfe dienten denjenigen, die denselben gefolgt waren, zur Lehre, und es unterlag keinem Zweifel, daß hier eine Klippe verborgen sei, die eine neue Regierung sorglich zu meiden habe. Diese Ansicht wurde durch die im Jahre 1852 vom gesetzgebenden Körper gemachten Verträge, die im Berichte der Budgetkommission hervortraten, noch verstärkt. Daher beanpruchte der Kaiser außer gewissen, den neuen Gegebenheiten Frankreichs entsprechenden Prärogativen, unter den in die Verfassung vom 14. Januar 1852 einzuführenden Veränderungen in erster Reihe eine Reform im Finanzsystem des Landes. Er wollte nicht bloß das, was der Gewalt nach und nach in der Budgetvotirung entzogen worden, zurücklangen, sondern befehlt sich auch die Initiative bei Unternehmungen zum allgemeinen Besten vor. So machten Em. Majestät den unfruchtbaren Debatten und den nachtheiligen Verwicklungen, besonders bei Gelegenheit der Eisenbahnen und der ins Einzelne gehenden Bedingungen bei deren Betriebe, ein Ende. Ohne Zweifel erinnert der Kaiser sich noch des Umstandes, daß die Einmischung der Kammer in die Verwaltung daran Schuld war, daß unser Land in Ausführung der großen Verkehrswege hinter anderen Völkern zurückstand. In der That wurden die von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe bald in Folge der Uneinigkeit über die Richtung, bald in Folge der Konzessionsbedingungen verworfen. Einige wollten die Ausführung der Eisenbahnen Gesellschaften übertragen, Andere nahmen dieselbe für den Staat in Anspruch, und zwischen diesen beiden Systemen wurde das allgemeine Beste fast immer in Schatten gestellt. Der Entwurf zu dem Senatsbeschlusse vom 25. Dezember 1852 bewogte daher, daß alle gemeinnützigen Arbeiten, besonders die in den Gesetzen vom 3. Mai 1841 und 21. April 1852 namhaft gemachten, durch kaiserliche Dekrete befohlen und bevollmächtigt werden sollten, ingleichen alle Unternehmungen zum allgemeinen Besten. Die zu diesen Unternehmungen und Arbeiten nöthigen Kredite sollten gemäß den für die außerordentlichen Kredite vorgeschriebenen Regeln eröffnet und dem gesetzgebenden Körper in der nächsten Session vorgelegt werden. Der Senat nahm in diesem Entwurfe eine Aenderung vor. Die Befähigung, Kredite durch Dekrete zu eröffnen, wurde auf die für Rechnung des Staates ausgeführten Arbeiten beschränkt, und wenn diese Arbeiten oder Unternehmungen Unterstüzungen oder Verpflichtungen von Seiten des Staates bedingten, so sollte der Kredit nicht anders, als durch ein vor Beginn der Ausführung gegebenes Gesetz bewilligt werden. In Betreff des Budgets bestimmte Art. 12 desselben Senatsbeschlusses, daß dasselbe dem gesetzgebenden Körper mit seinen Verwaltungs-Abtheilungen bei Kapitel und Artikel vorgelegt, aber nach Ministerien votirt werden sollte. Die kapitelweise Regatirung des für jedes Ministerium bewilligten Credits sollte durch ein im Staatsrathes gegebenes Dekret angeordnet werden. Endlich erhielt durch den nämlichen Art. 12 die Regierung die Vollmacht, mittelst kaiserlicher Dekrete, die unter der nämlichen Form erfolgen müßten, Uebertragungen des Geldes von einem Kapitel auf ein anderes vornehmen zu dürfen. Um zu verhüten, daß zu Ergänzungskrediten gegriffen werde, ertheilte der Senat der Regierung diese neue Maßnahme, um Eventualitäten zu begegnen. Die gegen die Verwaltung unserer Finanzen erhobenen Beschwerden und die Erfahrung der letzten Jahre haben an meiner Anschauungsweise nichts geändert. Im Jahre 1852 wünschte ich gerade so wie heute die Abschaffung der Extraordinar- und Supplementar-Kredite ohne Votum der gesetzgebenden Gewalten. Die Verfassung hat das Steuerbewilligungsrecht dem gesetzgebenden Körper zugeprochen; aber dies Recht würde fast illusorisch sein, wenn die Dinge so blieben, wie sie jetzt sind. In der That, was ist eine Kontrolle über eine Ausgabe, die erst 18 Monate nachher geübt wird? Und auf wen soll sie sich richten, wenn nicht auf das Staatsoberhaupt, da die Minister nur ihm allein verantwortlich sind? Würde man übrigens nicht sogar den Nutzen der Budgetberatung im Staatsrath und im gesetzgebenden Körper in Zweifel ziehen können, wenn den zugestandenen oder abzugewungenen Reduktionen zum Troß, die Regierung nach der Session die Ausgaben in jeder Art vermehren kann? Beim Studium der Finanzfrage ist leicht vorauszuversetzen, daß, wenn kein Systemwechsel erfolgt, wir uns bald vor sehr schweren Verwicklungen befinden werden. Die acht von 1851—58 verfloßen Jahre haben im Ganzen 2400 Millionen außerordentliche Kredite eröffnet. Fügt man dieser Summe 400 Millionen für die drei letzten Jahre 1859, 1860 und 1861 hinzu, so sieht man, wie die öffentliche Schuld und die ungedeckten Posten des Staatsschatzes gestiegen sind. Das wahre Mittel, diese Krisis zu beschwören, ist, rasch und entschieden zu handeln und die Quelle des Uebels durch Unterdrückung der Supplementar- und Extraordinar-Kredite zu schließen. Wenn der Kaiser dem gesetzgebenden Körper seine unbestreitbaren Attribute wieder ertheilt, so würde er denselben mit seiner Regierung solidarisch machen; er würde als Belohnung für diese Konzession ein Budget erlangen, in welchem die Bewilligungen mehr im Verhältnisse zu den wirklichen Bedürfnissen ständen.

[Folgt Bericht.] Der heutige „Moniteur“ mit den zwei kaiserlichen Briefen, dem Berichte des Hrn. Fould und dessen Ernennung zum Finanzminister hat gewaltige Sensation in Paris erregt. Seinen Entschluß scheint der Kaiser übrigens erst nach langsamem Widerstreben und in letzter Stunde gefaßt zu haben, denn der

heutige „Moniteur“ erscheint viel später als gewöhnlich. Die großen Aktenstücke waren ihm erst des Abends zugegangen, nachdem Fould nochmals eine lange Konferenz mit dem Kaiser in Compigne gehabt hatte. Der neue Finanzminister selbst kam erst heute Morgen nach Paris zurück, um jedoch sofort das Finanzministerium zu übernehmen. Alle Blätter besprechen heute natürlich das Tagesereigniß. „Pays“, „Patrie“ und „Constitutionnel“ zollen, wie auch der „Temps“, die „Opinion Publique“ und die „Presse“ den kaiserlichen Entschlüssen ihren vollen Beifall. Die ersteren heben mehr die großartige Resignation des Kaisers hervor, während letztere sich mehr an dem finanziellen Theile dieser Angelegenheit halten. — Die von Frankreich angekaufte Sammlung Campana, die das Museum Napoleons III. bilden wird, ist in Marseille auf dem „Sevres“ mit dem provisorischen Direktor des neuen Museums Sebastian Cornu und dem ihm beigegebenen Konservator Clement angekommen. Die Ladung besteht aus 850 Kisten. Ein Theil dieser Kunstschätze, der schon im Louvre untergebracht ist, wurde gestern von dem Kaiser in Augenschein genommen. — Von Orient und von Rochefort sind zwei Dampfkriegsschiffe abgegangen, die sich, eben so wie ein von Cherbourg abgefahrner Aviso, direkt nach Martinique begeben, um dort zu dem Geschwader Jurien de la Gravière's zu stoßen. Man glaubt, daß die 3 Geschwader sich den 15. oder 20. Dezember in Havannah vereinigen werden, wo ein Kriegsrath abgehalten werden soll. Der französische Gesandte in Mexiko, Graf Dubois de Saligny, soll dieser Versammlung beiwohnen. Die Fregatte „la Foudre“ ist ihm zur Verfügung gestellt, um ihn von Vera-Cruz nach Havannah zu bringen. Der englische Gesandte nimmt gleichfalls an der Berathung Theil. Man glaubt, daß die letzten Transportschiffe der Expedition mit den Truppen den 14. d. M. abfahren werden. — Die Zahl der nach Mexiko bestimmten Landungstruppen ist in der letzten Zeit vergrößert worden. Sie ist jetzt auf 3000—3500 Mann angelegt. — Die letzten Nachrichten aus Mexiko sind von Ende October und lauten sehr beunruhigend. Das ganze Land, sagt das „Pays“, sei in Anarchie verfallen; die Deputirten selbst seien in zwei Parteien, für und wider Ortega, gespalten. General Ortega, der den Befehl erhielt, das Oberkommando niederzuliegen, hat den Gehorsam verweigert und sich mit seinen Truppen nach Zacatecas zurückgezogen. Man glaubt allgemein, er werde sich gegen Juárez erklären. Die konservative Partei hat ihr Augenmerk auf General Almonte, als zukünftigen Präsidenten, gerichtet. — Der Generalrath des Norddepartements hat eine Prämie von 40,000 Franken für denjenigen votirt, der ein wirksames Mittel gegen die Krankheit der Seidenwürmer mittheilt. — Man hat in Frankreich mit dem besten Erfolge ein dauerhaftes schönes Papier aus den Fasern des sogenannten japanischen Ginsters gemacht, welcher in der Provence, in Italien, in Portugal und Spanien an dünnen Stellen in Massen wächst. Der Ginster ist bekannt unter dem Namen Genista juncea.

[Die Reformen im Finanzwesen.] Als reumüthiges Bekenntniß haben die heutigen Monteurdokumente in der modernen Regierungsgeschichte aller Länder ihres Gleichen zu suchen und dürften sie schwerlich finden. Weder die kleine Kammeropposition noch die französische oder fremde Presse haben mit größerer Klarheit, höchstens mit mehr Leidenschaftlichkeit, als Fould in seinem heutigen Memoire nachgewiesen, daß die prosperité financière, von welcher Wagne und die offiziöse Presse uns seit zehn Jahren die Ohren vollgesungen, baare Lüge war; daß die „découverts“ unter dem Kaiserreich nicht geschwunden, sondern riesenhaft angewachsen sind; daß die angebliche Kontrolle des gesetzgebenden Körpers rein illusorisch gewesen; daß trotz der auf 2 Milliarden angeschwellten ordentlichen Budgets die außerbudgetmäßigen Ausgaben einen größeren Umfang denn in irgend einer früheren Epoche erlangt haben; daß die Finanzlage eine sehr kritische, die behauptete „inépuisable“ der nationalen Mittel eine Chimäre und das Land nahe daran ist, nicht weiter gehen zu können. Alles das und vieles Aehnliche ist in der Denkschrift des neuen Finanzministers mit einer Offenheit und Umständlichkeit und in den zwei kaiserlichen Briefen indirekt mit einem Freimuth anerkannt, deren Verdienst und Bedeutsamkeit gewiß nicht zu hoch angeschlagen werden können. Wenn es wahr, wie das Sprichwort will, daß Erkenntniß und Eingeständniß der begangenen Fehler die sichersten Vorläufer der Besserung seien, so müßten die heutigen Monteurmanuskripte eine sehr ernste Reform unserer Finanzen vorbereiten. Es ist wohl nur die logische Folge dieses Vorderes, welche das Publikum zieht, wenn es in die Fould'sche Denkschrift eine bedeutende Armeereduktion hineinliest, weil dieses das einzige Mittel zu einer bedeutenden Verringerung der Ausgaben wäre. Was sich aus denselben mit Gewißheit und als sehr nahe bevorstehend liest, sind namentlich zwei Dinge: 1) das nächste ordentliche Budget, welches dem gesetzgebenden Körper vorgelegt wird, wird nächsten um 2 bis 300 Millionen die für 1861 erreichte Doppel-Milliarde übersteigen; Fould sagt wiederholtlich und bestimmt, daß die Budget-Ansätze nicht mehr den wirklichen Erfordernissen entsprechen, und daß der Mißbrauch der eigenmächtigen Supplementar-Kredite nur in der Weise zu beseitigen sei, daß der gesetzgebende Körper in den ordentlichen Budgets mit größerer Freigebigkeit für die Staatsbedürfnisse Sorge; 2) daß die Regierung demnach mit dem Verlangen eines neuen Anlehens von vielleicht einer Milliarde vor die Nation treten wird; das ist unmöglich, zu vermeiden, da Fould eingesteht, daß die schwebende Schuld wenigstens eine Milliarde beträgt, und gleichzeitig die Nothwendigkeit nachweist, die schwebende Schuld zu beseitigen. Mit einer solchen Doppelforderung kann auch die „Märkte“-Regierung nicht vor eine finanziell erschöpfte Nation treten, ohne einen Ersatz zu bieten. Den Ersatz, welcher die Pille verzußern soll, bildet die Verzichtleistung des Kaisers auf die außerbudgetmäßigen Kredit-Anweisungen. Wie man sich erinnert, waren dieselben schon 1856 durch kaiserliches Dekret für alle Zukunft untersagt worden; ob der jetzt zu gleichem Zwecke zu erlassende Senatus-Konsult mehr bindende und hemmende Kraft für die Zukunft haben wird, als jenes Dekret seit sechs Jahren geübt, muß die nächste Zeit lehren, und wird dies wohl zum großen Theil von der Nation selbst und besonders von der Energie abhängen, mit welcher der gesetzgebende Körper über seine verstärkten Befugnisse wachen wird. (St. 3.)

[Die Lage der Dinge in Madagaskar.] Das „Journal des Débats“ enthält einen ausführlichen Artikel über die Lage der Dinge in Madagaskar, namentlich über die Vorgänge, die sich seit der Thronbesteigung Rabam's II. dort zugegetragen haben. Ein besonderes Gewicht legt das Journal auf die englischen Bemühungen, einen vorbereitenden und bleibenden Einfluß am Hofe des neuen Königs zu gewinnen, und wie aus der ganzen Darstellung hervorgeht, scheint die englische Politik in dieser wichtigen Angelegenheit der fran-

zöfischen wieder einmal den Vorsprung abgewonnen zu haben. Wenige Tage nach dem Regierungsantritt Radama's II., noch mitten in den bis jetzt nicht vollkommen aufgeklärten Thronstreitigkeiten, heißt es in dem Artikel des genannten Journals: „zeigte dieser in einem eigenhändigen Schreiben dem Gouverneur von St. Maurice das Ableben seiner Mutter und seine Thronbesteigung an. Der Gouverneur Stenfon beehrte sich, eine Kommission zur Beglückwünschung des neuen Herrschers zu ernennen. Dieselbe bestand aus dem Obersten Middleton, dem Lieutenant Marinian, dem Adjutanten und Sidam des Gouverneurs, den Herren Newton, Galloway und einigen anderen englischen Kaufleuten. Jeder Kreole französischer Ursprungs wurde sorgfältig von dieser Gesandtschaft fern gehalten. Der gesandte Rath von St. Maurice votirte ein Geldgeschenk von 10,000 Piastern, außerdem wurden durch die Freigebigkeit des Gouverneurs noch reiche Geschenke vorbereitet. Die Kommission verließ auf dem „Jesse-Burne“ gegen Ende September St. Maurice, und man zweifelt nicht, daß sie in glänzender Weise von dem Hofe in Smyrna aufgenommen worden ist. Der Gouverneur stellte im gesandten Rathe diese Gesandtschaft als eine einfache Sache der Kolonialverwaltung, als eine höfliche Erwiderung auf eine freundschaftliche Mitteilung, und mehr noch als eine Anerkennung der liberalen Politik Radama's gegen die Fremden und der Aufhebung aller Eingangssteuern während der jeßmonatlichen Landestruer dar. Diese Erklärung hat die französischen Kreole auf der Insel Bourbon nicht sehr beunruhigt. Sie kennen die unausgesetzten Anstrengungen zu wohl, welche England seit 40 Jahren macht, um auf Kosten Frankreichs die Herrschaft über Madagaskar zu erlangen. Vor Allem sind sie gespannt zu wissen, ob die Gesandtschaft den Prinzen Radama als König von Madagaskar oder einfach als König der Hovas begriffen werde. Es sei dies ein eben so großer Unterschied wie zwischen einem König von Frankreich und einem Herzog von Aquitanien. Die Hovas seien nur ein Theil der Bevölkerung der Insel, und es gebe dort noch eine Menge anderer unabhängiger Stämme, die Sakalaven, die Antakaros, die Betsimisaraka u., von denen einige den Schutz Frankreichs anriefen, andere mit Frankreich Handelsverträge abgeschlossen oder ihm Landstriche abgetreten hätten. Die thätigste Herrschaft der Hovas gebe diesen kein geistliches Recht auf die rechtliche Souveränität, und wenn man den neuen Staat anerkenne, müsse man Partei gegen seine Gegner nehmen. England habe prinzipiell nie die Rechte Frankreichs, welche durch eine Anerkennung eines Königs von Madagaskar verdrängt würden, geleugnet, seine Agenten hätten aber stets in ihrem Handeln wenig Rücksicht darauf genommen. Es sei deshalb zu wünschen, daß man von Paris aus dieser Kolonialgesandtschaft die gebührende Aufmerksamkeit zuwende. Eine Anerkennung ziehe die Errichtung von Gesandtschaften, Konsulaten u. auf der Insel Madagaskar nach sich. Dies habe sich bis jetzt noch keine europäische Macht herausgenommen und Frankreich könne es auch nicht mit Gleichgültigkeit ansehen. Während die englischen Behörden so ungemeinen Eifer entwickelten, geschah auf der Insel Bourbon so gut wie nichts. Von Abwesenheit einer Deputation war keine Rede, denn Frankreich erkenne den König der Hovas nicht an. Von einem Protektorat, um das Radama bei Frankreich nachgesucht haben soll, hat sich nichts verwickelt. Nur Privatpersonen, wie Laborde, der 30 Jahre in Tannariva gewohnt, Lambert, intimer Freund Radama's, Vater Souan, Haupt der Mission von Madagaskar und so zu sagen Erzieher des Prinzen, haben den französischen Einfluß vertreten. Die Journale von Bourbon hatten sich mit großem Eifer der Angelegenheit angenommen, allein gar bald wurde dem „Moniteur de la Reunion“ selber ein „Mittheilung“ zugesandt, in welchem die Regierung alle Verantwortlichkeit für die in diesem Sinne gehaltenen Artikel zurückwies und sie sogar ausdrücklich mißbilligte.“ Schließlich bespricht das „Journal des Débats“ in sehr ernstem Tone die hohe Bedeutung der Insel Madagaskar für Frankreich und den unermesslichen Nachtheil, der ihm aus der Festsetzung der Engländer auf derselben erwachsen könne. „Wenn“, sagt es, „die wunderbaren Häfen dieser Insel, kraft einer mit dem Könige der Hovas abzuschließenden Allianz, sich eines Tages den Geschwadern der Macht eröffnen, welche bereits Perim inne hat, Aßen besitzt, alle arabischen Inseln und mehrere Punkte der afrikanischen Küste beherrscht, in Bombay, Seilon, Kalkutta, den Seychellen und St. Maurice regiert, wenn diese Macht seinen Fuß auf der Küste von Madagaskar fassen kann, bevor unsere Autorität dort wiederhergestellt ist: dann ist es um unsere kleinen Kolonien Bourbon, St. Marie, Mayotte, Nosy-Be gegangen, die wie Trabanten um die große Insel herumliegen. Die ganze Handels-Bewegung im indischen Meere und in der asiatischen Welt wird einem einzigen Einflusse unterthan, der dann auch jedes Gegengewichts entbehrt. Was will man dem in einer Hand vereinigten Indien und Madagaskar entgegenstellen? Unsere alte ostindische Niederlassung, unsere neueren Niederlassungen in Ozeanien und Kischina werden vollständig gelähmt; der Suezkanal dient nur noch der Entfaltung einer einzigen Seemacht, und unsere zukünftigen Paketboote für die Linien des äußersten Ozeans ersticken in der Geburt. Nicht die Kolonisation des Landes ist dann verfehlt, die Freiheit der Meere ist verloren.“

Schweiz.

Bern, 16. Nov. [Telegr.] Da die französische Regierung bestreitet, daß sie die Grenze des Dappenthales verletzt habe, so hat der Bundesrath nochmals eidgenössische Kommissare zur Aufnahme eines detaillirten Verbalprozesses abgesandt.

Italien.

Turin, 14. Nov. [Tagesnachrichten.] Der ehemalige Garibaldi'sche General Carbonelli hat sich nach Caprera begeben, um Garibaldi eine in Neapel unterzeichnete Adresse zu überreichen, in welcher derselbe gebeten wird, Italien nicht zu verlassen. — Der Arbeiter-Kongreß in Asti war von 135 Abgeordneten, die 110 Vereine vertraten, besetzt. Der Sitzungssaal war mit den Büsten Victor Emanuels und Garibaldi's und mit den Fahnen der Vereine geschmückt, unter denen die Gutenbergsfahne prangte, welche aus dem Jahre 1847 herrührt. Die Beschlüsse des Kongresses sind für das Garibaldi'sche Programm ausgefallen. Mazzini wollte die Arbeiter in politische Klubs umwandeln; die Arbeiter waren klug genug, diesen Vorschläge, welche die Verhandlungen in Florenz getrübt, jetzt entschieden ihre Zustimmung zu versagen. — Der „Stalio“ wird aus Paris eine Nachricht mitgetheilt, die, wenn sie sich bestätigte, von großer politischer Wichtigkeit wäre: das französische Besatzungskorps soll auf 40,000 Mann gebracht werden. Der Pariser Korrespondent der „Stalie“ sagt hinzu, es bestehe in diesem Augenblicke ein vollkommenes Einvernehmen zwischen Viktor Emanuel und dem Kaiser Napoleon, und es sei der Beschluß gefaßt worden, sich für den kommenden Frühling auf alle Eventualitäten bereit zu halten. — Die Nachrichten aus der Basilicata lauten günstiger. Die Räuber sind in mehreren Gefechten geschlagen und zerstreut worden.

[Ueber Ratazzi] sagt der Mailänder „Combarbo“: „Der Kammerpräsident Komthur Ratazzi hat durch den letzten falschen Schritt, den er gethan, seinen Charakter als konstitutioneller Staatsmann und seine politische Zukunft schwer kompromittirt und sein Vaterland gedemüthigt, da er sich nicht vom nationalen Parlament, sondern durch die von Paris aus inspirirte Presse als ministeriellen Kandidaten vorschlagen ließ und sich den Schein gab, als müsse man in Frankreich den Titel eines italienischen Ministers suchen. Diejenigen, die sich in gutem Glauben dem Programm des dritten Standes angeschlossen, haben die Pflicht, ihr Oberhaupt zu verleugnen, das allem Anschein nach von der Politik der Tullerien inspirirt wird. Sie müssen ihrem Votum gegen die Abtretung Savoyens und Nizza's und der Abweisung gegen einen Allirten, der sich zum Gebieter aufwerfen möchte, getreu bleiben.“

[Ueber die Mission Türks bei Garibaldi] sagt eine Genueser Korrespondenz der „Triester Ztg.“ vom 8. Novbr.: „Türk hat keine Mission bei Garibaldi vollkommen durchgeführt. Zwei Punkte waren es hauptsächlich, welche den Gegenstand derselben bildeten. Beunruhigt von dem Vorgehen der Aktionspartei, welche zur Erreichung ihrer Zwecke den Namen Garibaldi's in den

Vordergrund stellte, beauftragte Victor Emanuel Türk, Garibaldi das Gefährliche der Lage Italiens vorzustellen, wenn die Regierung durch ein unüberlegtes Handeln jener Partei gezwungen würde, entweder gegen dieselbe mit aller Kraft aufzutreten oder sich durch sie zu Unternehmungen hinreiß zu lassen, welche durch ihre Ueberleitung Italiens nothwendigerweise dem Verderben zuführen müßten. Er sollte Garibaldi vorstellen, daß bei der jetzigen Lage eine einseitige Lösung der römischen Frage nur zum Unheil, ein Angriff auf Venetien aber jedenfalls zum Sturze Italiens führen müsse. Türk war mit mehreren offiziellen Dokumenten ausgerüstet worden, aus welchen Garibaldi die prekäre Lage Italiens leicht entnehmen konnte. Garibaldi ließ sich auch überreden, sich nicht nur an keinem Unternehmen zu betheiligen, welches eine voreilige Lösung der römischen und venetianischen Frage beabsichtigte, sondern auch allen seinen Einfluß zu verwenden, um die erhitzen Gemüther zu beruhigen und dieselben von unüberlegten Schritten abzuhalten. Garibaldi verpflichtete sich in dieser Hinsicht, nicht nur seine politischen Freunde zu instruiren, sondern auch durch öffentliche Erklärungen jedes Unternehmen zu desavouiren, welches vielleicht in seinem Namen in dieser Richtung vorbereitet werde. Mit einem Worte, in diesem Punkte gelang die Mission Türks vollkommen und Garibaldi ließ durch ihn den König seiner vollkommenen Ergebenheit versichern und versprach ihm jede in seiner Macht stehende Unterstützung. Der zweite Theil der Mission Türks bezog sich auf die Formirung und Zusammenstellung der Freiwilligenkorps. Der Kaiser Napoleon hatte nämlich der Regierung Viktor Emanuels zu bedenken gegeben, daß eine vollständige Aufstellung von 4 Freiwilligen-Divisionen, wie selbe ursprünglich beabsichtigt war, nur Europa vorzeitig alarmiren und der Regierung Italiens selbst Verlegenheiten der ersten Art bereiten könnte, und bestand daher nachdrücklich auf einer Modifikation des ursprünglichen Planes. Einerseits hatte sich nun wohl Viktor Emanuel wegen der kompletten Aufstellung dieser Freiwilligen-Divisionen zu weit eingelassen, um ohne Weiteres eine Modifikation eintreten zu lassen, andererseits aber konnte er dem Wunsche Louis Napoleons um so weniger sein Ohr verschließen, da die politische und finanzielle Lage Italiens der Komplettirung dieser Freiwilligenkorps ernste Bedenken entgegensetzt. Türk sollte daher Garibaldi zu einem mezzo termine bewegen, und auch dieses gelang. Garibaldi erklärte sich nämlich befriedigt damit, daß einstweilen bloß die Kadres dieser Freiwilligen-Divisionen aufgestellt werden, welches in der Art zu geschehen habe, daß jede Kompagnie der Freiwilligen aus den vollständigen Chargen und 25 bis 30 Mann bestehen solle, welche dann später dem Ganzen als Reserve dienen sollten. Garibaldi ließ sich sogar zu dem Versprechen herbei, seiner Zeit das Kommando über die vereinigten vier Freiwilligen-Divisionen zu übernehmen, unter der Bedingung, daß er damit selbständig operiren dürfe, was zugesagt wurde. Weniger glücklich war Türk in seinem Bemühen, Garibaldi an die uneigennützig Freundschaft Frankreichs für Italien glauben zu machen. Der General beharrt in diesem Punkte auf seinen bisherigen Ansichten und geht sogar so weit, Ratazzi zu mißtrauen, weil er ihn zu sehr mit dem französischen Kabinet engagirt glaubt. In dieser Richtung ist ihm Ricasoli lieber, da er ihm mehr Selbständigkeit zuträut, weshalb er auch seinen ursprünglichen Plan zu den Parlamentarischen Verhandlungen nach Turin zu kommen, aufgegeben hat, um nicht vielleicht Ricasoli zu Gunsten Ratazzi's zu gefährden, weil er einsieht, daß nur dieser jenem in der Präsidentschaft folgen werde, was er durchaus nicht wünscht.

Rom, 9. Novbr. [Tagesnachrichten.] Der „Corresp. Hav.“ wird geschrieben, daß General Goyon mit seiner Familie erwartet wird. Seine Ernennung zum général en chef ist am römischen Hofe sehr günstig aufgenommen worden; man legt ihr eine politische Bedeutung bei. Die nationale Partei dagegen scheint sie ziemlich verstimmt zu haben. — Abbe Natta hat von der Polizei den Befehl erhalten, Rom zu verlassen; er stand mit Passaglia in Verbindung. — Der Schaden, den die Ueberschwemmung an der Eisenbahn nach Civita Vecchia angerichtet hat, beträgt nicht weniger wie 500,000 Fr. — Fürst Konstantin Gzartorski befindet sich seit einigen Tagen in Rom. — Im heiligen Kollegium sind gegenwärtig noch 5 Kardinaltitel vakant; der Papst beabsichtigt, sie in einem kurz vor Weihnachten zu haltenden Konsistorium an bereits designirte Prälaten zu verleihen. Außer Monsignor Borromeo Krese, Maggiordomo des Papstes, wird der Erzbischof von Dublin, Monsignor Sullen, unter den Kandidaten des Purpurs genannt. — Der Papst hat mit dem Präsidenten von Haiti ein Konkordat geschlossen. Danach ernennet der Papst einen Erzbischof und vier Bischöfe, und zwar wird er nur „weiße“ Geistliche dazu erheben. — Das „Giornale di Roma“ vom 7. d. berichtet: „Wir haben nur eine einzige telegraphische Depesche aus Neapel vom 6. erhalten, welche nach der „Nazione“ meldet, daß sich in San Martino, in der Provinz Benevento, die Insurgenten eines Lieutenants und sechs Nationalgardisten bemächtigt hätten. Die Depesche fügt hinzu, daß die Truppen Anstalten treffen, die Bande anzugreifen. Mehrere neapolitanischen Journale beklagen sich unter demselben Tage, ihre Korrespondenzen aus den Provinzen nicht empfangen zu haben.“

Spanien.

Madrid, 13. Nov. [Telegr.] Der „Correspondencia“ zufolge sollen in Lissabon Angriffe auf die bei den Eisenbahnarbeiten beschäftigten Spanier stattgefunden haben. — Der spanische Konsul in Tunis meldet, daß vom 9. Dezember an, bis auf weiteren Befehl, die Getreideaufuhr in Tunis verboten ist.

Rußland und Polen.

Warschau, 14. Nov. [Verhaftungen; Audienzen beim Statthalter; Bestrafung; der Staatsrath.] Gestern Nacht ist der erwählte (aber von der Regierung noch nicht bestätigte) Administrator der hiesigen Erzdiözese, Prälat Bialobrzelski, ein etwa 60jähriger hochgeachteter Prälat, gefänglich eingezogen worden. Ein gleiches Schicksal hatten noch einige andere Geistliche, die zur Untersuchung wegen der Vorfälle in den Kirchen am 15. und 16. v. M. delegirt waren. Diese Verhaftungen scheinen keineswegs zu beweisen, daß die Regierung der römisch-katholischen Geistlichkeit irgendwelche Konzessionen zu machen gesonnen sei, und man kann sich denken, welchen Eindruck dieses Vorgehen auf die katholische Bevölkerung ausübt. — Gestern Vormittag empfing der funktionirende Statthalter, GeneralLüders, die Vorstellung der Konsuln, Beamten und meh-

rerer angesehener Bürger. Der Staatsrath hatte schon früher seine Aufmerksamkeit gemacht; die Geistlichkeit war diesmal nicht vertreten. — Seit gestern verhaftet man auch junge Leute, die unter dem Pseudonym Eschmarken tragen. Manche wurden veranlaßt, ihre Paletots zu öffnen, um den Patrouillen Gelegenheit zu verschaffen, sich von ihrer ungefährligen Tracht zu überzeugen. — Ein Arbeiter, der von einem Dachfenster aus mit einem Stückchen Ziegel in ein Soldatenbivouac geworfen hatte, ist auf Befehl des Statthalters ins Militär eingereicht worden. Ueberhaupt wird der Kriegszustand fortwährend mit aller Strenge gehandhabt. — Der Staatsrath, der seine allgemeine Versammlung am 16. v. M. vertagt hatte, ist seit vorgestern wieder zusammengetreten und hat die Verathung des Organisationsprojekts der Schulen begonnen. Diese Reform hat überhaupt zunächst Aussicht, eine Wahrheit zu werden. Hoffentlich werden auch die übrigen Reformen, welche wirklichen Bedürfnissen abzuhelfen bestimmt sind, unter der neuen Gestalt der Dinge nicht zu leiden haben; wenigstens ist diese Ueberzeugung unter den Gemäßigten fast allgemein verbreitet. (Schl. 3.)

[Situation; die Verhaftung des Administrators der Erzdiözese; Waffenabforderung von Beamten.] Allem Anschein nach gehen wir dem Belagerungszustand mit starken Schritten entgegen, von dem auch in betreffenden militärischen Kreisen viel gesprochen wird. Mehrfache bühliche Insultirungen der Soldaten mit Worten und Werken, denen man nicht immer gleich auf die Spur kommen kann, Verhöhnung der Vorschriften des Kriegszustandes und die Renitenz der katholischen Geistlichkeit werden von sonst gut unterrichteten Personen als diejenigen Ursachen angegeben, welche bei dem strengen Charakter des jetzigen Statthalters und Oberkommandirenden, Generaladjutanten Lüders, dahin führen müssen. Wer unsere Zustände nur oberflächlich und im Lichte der Vorgehrittenen ansieht, dem mag das Obenangeführte anders erscheinen; hört man aber auf Andere, dann sieht man die ernstere Seite und erblickt das Traurige der hiesigen Lage. — Die gestern vorgenommene Verhaftung des Administrators der Warschauer Erzdiözese, Bialobrzelski, ist ein Ereigniß, welches konsequent durchgeführt, den Konflikt zwischen Regierung und Geistlichkeit entweder bald lösen oder noch strengere Maßregeln nach sich ziehen muß, denn Generaladjutant Lüders ist nicht der Mann der Nachgiebigkeit und gewiß nicht dazu hergekommen, um bittend um Mitwirkung zur Pazifikation des Landes vor die Geistlichkeit zu treten; er betrachtet sie als Beamte, welche dem Kaiser den Eid der Treue geschworen. Ob sie ihn gehalten, darüber werden sie ihr Gewissen zu befragen und dem Monarchen Rechenschaft zu geben haben. Welchem Zweck die Widerseßlichkeit durch Schließung der Kirchen dienen soll, bedarf keiner Wiederholung, und daß dadurch das Wohl des Landes nicht gefördert werden kann, liegt auf der Hand. Dieses und ein eben nicht schmeichelhaft stylisiertes Schreiben des Administrators an den Statthalter soll unter Anderem die Ursache der Verhaftung des gedachten Prälaten sein. — Nach einer neuen Verordnung müssen selbst diejenigen russischen Beamten und ehemaligen Militärpersonen, welche hier angestellt worden und nicht geborene Großrussen und griechischen Glaubens sind, ihre Degen und sonstigen Waffen (bis zur Rangklasse der Staatsräthe) abliefern. Die anderen hiesigen Waffenbesitzer mußten dies bereits gleich nach dem Eintritt des Kriegszustandes thun. Allgemeine Revision nach Waffen, wie früher, fand noch nicht statt. (N. P. 3.)

Amerika.

[Die nach dem Süden ausgesandte Flottenexpedition] soll von widrigen Winden stark hergenommen worden sein. Unter den Weisungen, die sie mit auf den Weg erhielt, ist folgende charakteristisch für die behutsame Behandlung der Sklavenfrage von Seiten der Regierung. „Sie werden sich die Dienste eines Jedweden, gleichgiltig ob Einer von der Arbeit flüchtig geworden ist (flüchtige Sklaven) oder nicht, zu Nuge machen, wenn sie Ihnen angeboten werden. Sie werden derartige Personen nach Ermessen verwenden, entweder als gewöhnliche Employés, oder unter besonderen Verhältnissen, in irgend einer anderen Weise, in Kompagnien oder sonstwie, ganz nach Ihrem Ermessen, organisirt. Doch ist damit nicht gemeint, daß eine allgemeine Bewaffnung derselben zu militärischen Diensten vorgenommen werden solle. Sie werden allen loyalen Herren (Sklavenbesitzern) die Versicherung ertheilen, daß der Kongreß sie für den Verlust der Dienste ihrer dergestalt verwendeten Leute auf gerechte Art entschädigen wird. Durch ein solches Vorgehen dürfen die substantiellen Rechte der loyalen Eigenthümer am besten gesichert, und jede Einmischung in die sozialen Systeme und lokalen Institutionen eines jeden Staates beseitigt werden.“ — Nach einer solchen Instruktion wird die Abberufung Fremonts allerdings begreiflich.

Militärzeitung.

Italien. [Stärke der Armee.] Bekanntlich sollte die italienische Armee bis zum Herbst d. J. eine Effektivstärke von 327,000 Mann erreichen, und zwar waren dabei für die einzelnen Waffen folgende Normalziffern festgesetzt worden: Infanterie bei 6 Grenadier- und 62 Linien-Regimentern zu je 2991 Mann = 203,388 Mann; leichte Infanterie bei 42 Bataillonen (6 Depot-) 42,288 M.; Kavallerie bei 17 Regimentern 27,300 M. und so entsprechend auch für die Artillerie Gemeine, Train u. dgl. Faktisch erreicht sie jedoch nach von Schweizer Blättern gebrachten, angeblich authentischen Mittheilungen nur folgende Zahlen: Infanterie: Linien- und Grenadier-Regimenter 122,900 M., Verjagter 12,000, noch ein Depot für die gesammte Infanterie 11,000 M., zusammen also 145,000. Kavallerie 17,000 mit noch nicht der Hälfte von Pferden! Artillerie 11,000 u. Alles in Allem würden nach dieser Berechnung noch über 100,000 Mann an der vorgelegten Stärke fehlen.

Kotales und Provinzielles.

S Posen, 18. Nov. [Die zweite Radek'sche Symphonie-Soirée] findet im Rastinosale übermorgen, Mittwoch, den 20. d. statt. Durch seinen immer noch schwankenden Gesundheitszustand behindert, hat Ref. zu seinem Bedauern sich gezwungen gesehen, auf den Genuß selbst zu verzichten und seiner hier immer gern geübten Referentenpflicht zu genügen. Was ihm aber von kompetenter Seite versichert worden, konstatirt er gern: daß die neuliche erste dieser Soiréen nicht nur eines außerordentlich zahlreichen Besuchs und lebendigen Beifalls sich zu erfreuen gehabt, sondern daß auch die Ausführung selbst eine von emsigsten Streben, von fruchtbringendem Fleiße zeugende, und im Ganzen sehr befriedigende gewesen. Das erweckt günstige Hoffnungen für die folgenden, und da das Programm der übermorgenden (Fortsetzung in der Beilage.)

Für Wachszieher.

Anweisung zur Herstellung eines schönen goldgelben, billigen nicht brechenden Wachszieges bei **M. Hauff** in **Glas** gegen Franko-Einfuhrung von 1 Thlr. oder Nachnahme.

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich mein Lager in Porzellan, Steingut und Buntgläsern Baare vollständig sortiert habe und durch billige Einkäufe zu den billigsten Preisen verkaufe.

NB. Das Duzend Porzellansteller zu einem Thaler.
M. Heppner,
Bronerstraße 11 über der Krummen Gasse.

Alle Arten Lampen werden reparirt.



so wie neueste Moderateur- und Schiebelampen in reicher Auswahl bei **M. Klug**, Friedrichsstraße 33.

Ein gut conservirter Leichter Flügel ist zu verkaufen. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Von den rühmlichst bekannten approbirten Rennpferdchen

Hühneraugen-Plasterchen aus Halle hält a Stück mit Gebrauchsanweisung 1/2 Sgr. a Dd. 15 Sgr. stets Lager

Z. Zadek & Comp., Neust. 5.
Feinstes türkisches Pfeffermehl a Pfd. 3 Sgr. und feine frische Asa butter a Pfd. 9 Sgr. empfiehlt

M. Rosenstein, Wasserstraße 6.

Neue Straßburger

Gänseleber-Pasteten

empfehlen **Isidor Appel**, neb. d. Egl. Banf.

Seinen frischen Fettbier a St. 6, 8 u. 9 Pf., ganz vorzügliches Matthebier a 1 u. 1 1/2 Sgr. auch 8 und 9 Pf., wie sehr schönen Fettbier a Mandel 3 und 3 1/2 Sgr. empfiehlt auch neue Vorküchle billigen

M. Rosenstein, Wasserstraße 6.

Beste fr. Tafelbutter a 9 und 10 Sgr. Pfau-

mentfreie a 2 1/2 und 3 Sgr. empfiehlt

Sal. Goldschmidt, Kränzlestr. 34.

Prämien-Anleihe der Stadt Mailand

a Frcs. 45. Jährlich 4 Gewinn-Ziehungen: 1. Jan., 1. April, 1. Juli, 1. Oktober. Hauptgewinn 100,000 Frcs. Niedrigster Gewinn 46 Frcs.

Kurbische Thlr. 40 Loose, Verloosung 1. Dezember c. Hauptgewinn 40,000 Thlr. Niedrigster Gewinn 60 Thlr.

Badenische Fl. 35 Loose, Verloosung 30. November c. Hauptgewinn 40,000 Fl. Niedrigster Gewinn 47 Fl.

Sardinische Frcs. 34 Loose, Verloosung 1. Dezember c. Hauptgewinn 40,000 Frcs. Niedrigster Gewinn 42 Frcs.

Original-Obligationen der vorstehenden Anleihen erläßt in Partien und einzeln billigt und kauft solche jederzeit coursamäßig zurück. Gleichzeitig empfiehlt sich zum An- und Verkauf aller in- und ausländischen Staatspapiere, Eisenbahnaktien und Wechselgeschäft

von **Michaelis M. Misch**,
Berlin, 31 Königsstraße 1 Tr.

Hamburg-Amerikanische Packetf. Akt. Gesellschaft. Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York,

eventuell Southampton anlaufend:
Post-Dampfschiff **Teutonia**, Capt. **Laube**, am Sonntag Morgen den 1. Dezbr.
Hammonia, Capt. **Schwensen**, am Sonntag Morgen den 15. Dez.
Borussia, Capt. **Trantmann**, am Sonntag Morgen den 29. Dez.
Saxonia, Capt. **Ehlers**, am Sonntag Morgen den 11. Jan. 1862.
Bavaria, Capt. **Meier**, am Sonntag Morgen den 25. Jan. 1862.

Passagepreise: Erste Kajüte. Zweite Kajüte. Zwischenbek.
Nach New-York Pr. Ort. Thlr. 150, Pr. Ort. Thlr. 100, Pr. Ort. Thlr. 60.
Nach Southampton Pfd. St. 4, Pfd. St. 2 10, Pfd. St. 1 5.
Näheres zu erfahren bei

August Bollen,
Wm. Miller's Nachf., Hamburg.

so wie bei dem für den Umfang des Königreichs Preußen konfessionierten und zur Schließung gültiger Verträge bevollmächtigten Generalagenten

H. C. Platzmann
in Berlin, Louisenplatz Nr. 7.

Rob. M. Sloman's Packetschiffe
durch ihre raschen und glücklichen Reisen seit Jahren berühmt, werden expedirt:

nach **New-York** am 1. und 15. eines jeden Monats.

Zur Annahme von Passagieren und Auswanderern für diese Schiffe von Herrn **Rob. M. Sloman** allein ermächtigt, empfehlen wir dieselben allen Reisenden und Auswanderern, unter Zusage der besten und gewissenhaftesten Beförderung. Nähere Auskunft ertheilen unsere Herren Agenten oder auf frankirte Briefe

Donati & Co. in Hamburg.

Kapitalien
Ein tüchtiger Geselle kann Arbeit bekommen, und auch ein Lehrling, der Lust hat, das Schneiderhandwerk zu erlernen, findet Beschäftigung beim Schneidermeister **Rontschky** in **Obornit**.

Es wird bei den Herren Ober-Geometern der Provinz von der Grundsteuer-Regulirung hierdurch ergebenst angefragt: ob noch Vermessungs-Gebühren, welche schon lange Zeit in allen Zweigen der Feldmesskunst selbständig gearbeitet und gute Akteie beibringen, bei der Grundsteuer-Regulirung selbständig placirt werden können? Offerten nimmt gefälligst die Expedition dieser Zeitung unter der Chiffre **R. M.** entgegen.

Ein erfahrener mit guten Zeugnissen versehener Brenner sucht eine Anstellung. Das Nähere beim Rentanten **Schwanke** zu Jarocin.

Ein Taschbuch m. div. Geschäftsnutzen. Inhalt ist von Wassertrage, Leitungen nach Ziegenstrasse verloren worden. Der ehl. Finder w. hofl. ersucht, dies abzugeben bei **S. H. Korach**, Wasserstr. 30.

Zum Hofe des **Hôtel de Vienne** hat sich ein **Schaf** eingefunden; der Eigentümer kann es gegen Erstattung der Inzertionskosten vom Hausknecht daselbst in Empfang nehmen.

M. 20. XI. A. 7 M. C. u. B.

THALIA.
Der wissenschaftliche Vortrag, dem sich ein gemeinschaftliches Abendessen und Tanzfränzchen anschließt, findet nicht Mittwoch, sondern am **Donnerstag den 21. d. Mts.** präzis 7 Uhr bestimmt statt.

Anwärter Familien-Nachrichten.
Verlobungen. Buchelsdorf: Fr. Helene v. Arnoldsdorf mit dem Kammerherrn v. Rostig-Wallwitz.
Verbindungen. Berlin: Fr. A. Hasselbach mit dem Dr. Reut. Lowie; Koblenz: Fr. B. v. Girschfeld mit dem Oberst-Leut. v. Sandrart.

Rheinfische Aktien.
do. Stamm-Pr. 4 91 1/2 b3
do. Stamm-Pr. 4 96 b3
do. Stamm-Pr. 4 19 1/2 b3
do. Stamm-Pr. 4 83 b3
do. Stamm-Pr. 4 89 1/2 b3
do. Stamm-Pr. 4 109 1/2 b3

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.
Berl. Kassenverein 4 117 1/2 b3
Berl. Handels-Ges. 4 77 1/2 b3
Braunschw. Bk. A. 4 74 b3
Bremer do. 4 102 b3
Goburg. Kredit-do. 4 63 1/2 b3
Danzig. Priv. Bk. 4 94 b3
Darmstädter abf. 4 80 b3 u. G
do. Zettel-Bk. A. 4 96 1/2 b3
Deffauer Kredit-do. 4 4 1/2 b3 u. B
Deffauer Landesb. 4 17 1/2 b3
Dist. Comm. Anth. 4 87 1/2 b3
Genfer Kred. Bk. A. 4 39 b3
Geraer do. 4 73 b3
Gothaer Priv. do. 4 72 1/2 b3
Hannoversche do. 4 96 1/2 b3
Königsb. Priv. do. 4 92 b3
Leipziger Kredit-do. 4 65 1/2 b3
Lüneburger do. 4 87 b3
Magdeb. Priv. do. 4 83 1/2 b3
Meining. Kred. do. 4 77 1/2 b3
Moldau. Land. do. 4 88 b3
Norddeutsche do. 4 88 b3
Oest. Kredit. do. 5 64 1/2 b3
Pomm. Kiti. do. 4 84 1/2 b3
Posener Prov. Bank 4 90 b3
Preuß. Bank-Anth. 4 123 b3 u. B
Rostocker Bank Anth. 4 110 b3
Schlef. Bankverein 4 86 1/2 b3
Thüring. Bank-Anth. 4 52 b3
Vereinsbank Hamb. 4 101 b3
Waaren-Kr.-Anth. 5 101 b3

Industrie-Aktien.
Deffau. Kont. Gas-A. 5 104 b3
Berl. Eisenb. Fabr. A. 5 64 1/2 b3
Förder. Güttens. A. 5 71 1/2 b3
Minerva. Bergw. A. 5 15 1/2 b3
Neustädt. Güttens. A. 5 6 Post b3
Concordia 4 106 1/2 b3
Magdeb. Feuerverf. A. 4 472 b3

Prioritäts-Obligationen.
Aachen-Düsseldorf 4 88 b3
do. II. Em. 4 87 1/2 b3
do. III. Em. 4 94 1/2 b3
Aachen-Mastricht 4 69 1/2 b3
do. II. Em. 5 69 1/2 b3
Bergisch-Markische 5 101 1/2 b3 [102 1/2 b3]
do. II. Ser. 5 101 1/2 b3 [11. 55]
do. III. Ser. 3 82 b3 [IV. 103 1/2]
do. Düsseldorf. Elberf. 4 91 b3
do. II. Em. 5 90 b3
do. III. Ser. 4 98 b3
Berlin-Anhalt 4 99 1/2 b3
do. 4 102 b3
Berlin-Hamburg 4 103 b3
do. II. Em. 4 95 1/2 b3
Berl. Pots. Bk. A. 4 95 1/2 b3
do. Litt. C. 4 101 1/2 b3
do. Litt. D. 4 101 1/2 b3
Berlin-Stettin 4 102 b3
do. II. Em. 4 95 b3
do. III. Em. 4 95 b3
Bresl. Schw. Freib. 4 96 b3
Brieg-Neiße 4 96 b3
Cöln-Erfeld 4 96 b3
Cöln-Minden 4 101 1/2 b3
do. II. Em. 5 104 1/2 b3
do. 4 92 1/2 b3

Staats-Schuldsch.
Kur-u. Neumarkt. 3 89 1/2 b3
Berl. Stadt-Oblig. 4 102 1/2 b3
do. do. 4 107 1/2 b3
Berl. Börsen. Obl. 5 106 b3
Kur-u. Neumarkt. 3 93 1/2 b3
do. do. 4 101 b3
Ostpreussische 3 87 1/2 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Pommersche 3 90 1/2 b3
do. neue 4 100 1/2 b3
Posensche 4 102 1/2 b3
do. do. 4 95 1/2 b3
Schlesische 3 91 1/2 b3
B. Staat gar. B. 3 91 1/2 b3
Westpreussische 3 87 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Kur-u. Neumarkt. 4 99 1/2 b3
Pommersche 4 99 1/2 b3
Posensche 4 97 1/2 b3
Preussische 4 99 1/2 b3
Rhein-u. Westf. 4 98 1/2 b3
Sächsische 4 99 1/2 b3
Schlesische 4 99 1/2 b3

Ausländische Fonds.
Deftr. Metalliques 5 48 1/2 b3
do. National-Anl. 5 58 1/2 b3 u. G
do. 250fl. Präm. D. 4 63 1/2 b3
do. neue 100fl. Loose 5 58 1/2 b3
do. Steiglig-Anl. 5 58 1/2 b3
do. do. 5 99 1/2 b3
Englische Anl. 5 99 1/2 b3
N. Russ. Egl. Anl. 3 60 b3
Poln. Schap. D. 4 80 b3
Cert. A. 300 fl. 5 93 b3
do. B. 200 fl. 5 23 b3
Pfdbr. u. in Sch. 4 85 1/2 b3
Part. D. 500 fl. 4 92 1/2 b3

Preussische Fonds.
Freiwillige Anleihe 4 102 1/2 b3
Staats Anl. 1859 5 108 b3
do. 4 102 1/2 b3
do. 1856 4 102 1/2 b3
do. 1853 4 99 1/2 b3
Präm. St. 1855 3 119 b3

Staats-Schuldsch.
Kur-u. Neumarkt. 3 89 1/2 b3
Berl. Stadt-Oblig. 4 102 1/2 b3
do. do. 4 107 1/2 b3
Berl. Börsen. Obl. 5 106 b3
Kur-u. Neumarkt. 3 93 1/2 b3
do. do. 4 101 b3
Ostpreussische 3 87 1/2 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Pommersche 3 90 1/2 b3
do. neue 4 100 1/2 b3
Posensche 4 102 1/2 b3
do. do. 4 95 1/2 b3
Schlesische 3 91 1/2 b3
B. Staat gar. B. 3 91 1/2 b3
Westpreussische 3 87 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Kur-u. Neumarkt. 4 99 1/2 b3
Pommersche 4 99 1/2 b3
Posensche 4 97 1/2 b3
Preussische 4 99 1/2 b3
Rhein-u. Westf. 4 98 1/2 b3
Sächsische 4 99 1/2 b3
Schlesische 4 99 1/2 b3

Ausländische Fonds.
Deftr. Metalliques 5 48 1/2 b3
do. National-Anl. 5 58 1/2 b3 u. G
do. 250fl. Präm. D. 4 63 1/2 b3
do. neue 100fl. Loose 5 58 1/2 b3
do. Steiglig-Anl. 5 58 1/2 b3
do. do. 5 99 1/2 b3
Englische Anl. 5 99 1/2 b3
N. Russ. Egl. Anl. 3 60 b3
Poln. Schap. D. 4 80 b3
Cert. A. 300 fl. 5 93 b3
do. B. 200 fl. 5 23 b3
Pfdbr. u. in Sch. 4 85 1/2 b3
Part. D. 500 fl. 4 92 1/2 b3

Preussische Fonds.
Freiwillige Anleihe 4 102 1/2 b3
Staats Anl. 1859 5 108 b3
do. 4 102 1/2 b3
do. 1856 4 102 1/2 b3
do. 1853 4 99 1/2 b3
Präm. St. 1855 3 119 b3

Staats-Schuldsch.
Kur-u. Neumarkt. 3 89 1/2 b3
Berl. Stadt-Oblig. 4 102 1/2 b3
do. do. 4 107 1/2 b3
Berl. Börsen. Obl. 5 106 b3
Kur-u. Neumarkt. 3 93 1/2 b3
do. do. 4 101 b3
Ostpreussische 3 87 1/2 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Pommersche 3 90 1/2 b3
do. neue 4 100 1/2 b3
Posensche 4 102 1/2 b3
do. do. 4 95 1/2 b3
Schlesische 3 91 1/2 b3
B. Staat gar. B. 3 91 1/2 b3
Westpreussische 3 87 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Kur-u. Neumarkt. 4 99 1/2 b3
Pommersche 4 99 1/2 b3
Posensche 4 97 1/2 b3
Preussische 4 99 1/2 b3
Rhein-u. Westf. 4 98 1/2 b3
Sächsische 4 99 1/2 b3
Schlesische 4 99 1/2 b3

Ausländische Fonds.
Deftr. Metalliques 5 48 1/2 b3
do. National-Anl. 5 58 1/2 b3 u. G
do. 250fl. Präm. D. 4 63 1/2 b3
do. neue 100fl. Loose 5 58 1/2 b3
do. Steiglig-Anl. 5 58 1/2 b3
do. do. 5 99 1/2 b3
Englische Anl. 5 99 1/2 b3
N. Russ. Egl. Anl. 3 60 b3
Poln. Schap. D. 4 80 b3
Cert. A. 300 fl. 5 93 b3
do. B. 200 fl. 5 23 b3
Pfdbr. u. in Sch. 4 85 1/2 b3
Part. D. 500 fl. 4 92 1/2 b3

Preussische Fonds.
Freiwillige Anleihe 4 102 1/2 b3
Staats Anl. 1859 5 108 b3
do. 4 102 1/2 b3
do. 1856 4 102 1/2 b3
do. 1853 4 99 1/2 b3
Präm. St. 1855 3 119 b3

Staats-Schuldsch.
Kur-u. Neumarkt. 3 89 1/2 b3
Berl. Stadt-Oblig. 4 102 1/2 b3
do. do. 4 107 1/2 b3
Berl. Börsen. Obl. 5 106 b3
Kur-u. Neumarkt. 3 93 1/2 b3
do. do. 4 101 b3
Ostpreussische 3 87 1/2 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Pommersche 3 90 1/2 b3
do. neue 4 100 1/2 b3
Posensche 4 102 1/2 b3
do. do. 4 95 1/2 b3
Schlesische 3 91 1/2 b3
B. Staat gar. B. 3 91 1/2 b3
Westpreussische 3 87 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Kur-u. Neumarkt. 4 99 1/2 b3
Pommersche 4 99 1/2 b3
Posensche 4 97 1/2 b3
Preussische 4 99 1/2 b3
Rhein-u. Westf. 4 98 1/2 b3
Sächsische 4 99 1/2 b3
Schlesische 4 99 1/2 b3

Ausländische Fonds.
Deftr. Metalliques 5 48 1/2 b3
do. National-Anl. 5 58 1/2 b3 u. G
do. 250fl. Präm. D. 4 63 1/2 b3
do. neue 100fl. Loose 5 58 1/2 b3
do. Steiglig-Anl. 5 58 1/2 b3
do. do. 5 99 1/2 b3
Englische Anl. 5 99 1/2 b3
N. Russ. Egl. Anl. 3 60 b3
Poln. Schap. D. 4 80 b3
Cert. A. 300 fl. 5 93 b3
do. B. 200 fl. 5 23 b3
Pfdbr. u. in Sch. 4 85 1/2 b3
Part. D. 500 fl. 4 92 1/2 b3

Preussische Fonds.
Freiwillige Anleihe 4 102 1/2 b3
Staats Anl. 1859 5 108 b3
do. 4 102 1/2 b3
do. 1856 4 102 1/2 b3
do. 1853 4 99 1/2 b3
Präm. St. 1855 3 119 b3

Staats-Schuldsch.
Kur-u. Neumarkt. 3 89 1/2 b3
Berl. Stadt-Oblig. 4 102 1/2 b3
do. do. 4 107 1/2 b3
Berl. Börsen. Obl. 5 106 b3
Kur-u. Neumarkt. 3 93 1/2 b3
do. do. 4 101 b3
Ostpreussische 3 87 1/2 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Pommersche 3 90 1/2 b3
do. neue 4 100 1/2 b3
Posensche 4 102 1/2 b3
do. do. 4 95 1/2 b3
Schlesische 3 91 1/2 b3
B. Staat gar. B. 3 91 1/2 b3
Westpreussische 3 87 b3
do. do. 4 97 1/2 b3
Kur-u. Neumarkt. 4 99 1/2 b3
Pommersche 4 99 1/2 b3
Posensche 4 97 1/2 b3
Preussische 4 99 1/2 b3
Rhein-u. Westf. 4 98 1/2 b3
Sächsische 4 99 1/2 b3
Schlesische 4 99 1/2 b3

Ausländische Fonds.
Deftr. Metalliques 5 48 1/2 b3
do. National-Anl. 5 58 1/2 b3 u. G
do. 250fl. Präm. D. 4 63 1/2 b3
do. neue 100fl. Loose 5 58 1/2 b3
do. Steiglig-Anl. 5 58 1/2 b3
do. do. 5 99 1/2 b3
Englische Anl. 5 99 1/2 b3
N. Russ. Egl. Anl. 3 60 b3
Poln. Schap. D. 4 80 b3
Cert. A. 300 fl. 5 93 b3
do. B. 200 fl. 5 23 b3
Pfdbr. u. in Sch. 4 85 1/2 b3
Part. D. 500 fl. 4 92 1/2 b3

Preussische Fonds.
Freiwillige Anleihe 4 102 1/2 b3
Staats Anl. 1859 5 108 b3
do. 4 102 1/2 b3
do. 1856 4 102 1/2 b3
do. 1853 4 99 1/2 b3
Präm. St. 1855 3 119 b3

Stadttheater in Posen.

Dienstag, auf Verlangen: **Martha**, oder:

Der Markt zu Richmond. Große komische Oper in 4 Akten von Flotow.

In Vorbereitung: **Die lustigen Weiber von Windsor.** — Welcher ist der Bräutigam? Original-Lustspiel.

Im Saale des Casino

Mittwoch den 20. November

2. Sinfonie-Soirée.

Egmont-Ouverture. Sinfonie Es-dur (Schwanenfang) von Mozart. — Sinfonie B-dur (Nr. 1.) von Robert Schumann. Einige nummerierte Plätze zu den noch folgenden drei Soiréen sind für 1 Thlr. bis Dienstag Abend in der Hof-Musikhandlung der Herren **Bote & Bock** zu haben.

Radeck.

Dienstag den 19. Nov. c. **Giobine** bei

A. Kuttner, H. Gerberstr.

Heute Abend Entenbraten mit Schmorfrank. Büttelstraße **Scholz.**

Täglich frische **Plati's**

Seitenstr. Nr. 11 beim Restaurateur **G. S.**

Posener Marktbericht vom 18. Nov.

	von	bis
Fein-Weizen, Schfl. 16 Mds.	3 2 6 1/2	3 5
Mittel-Weizen	2 25	2 27 1/2
Bruch-Weizen	2 15	2 17 1/2
Roggen, schwerer Sorte	1 27 1/2	2 1 3
Roggen, leichter Sorte	1 22 1/2	1 25
Große Gerste	1 17 1/2	1 21 1/2
Kleine Gerste	1 15	1 20
Ofer	24	27
Kocherbsen	1 27 1/2	2
Futtererbsen	1 22 1/2	1 25
Wintererbsen, Schfl. 16 Mds.		
Sommerrüben		
Sommerrüben		
Buchweizen	1 7 1/2	1 10
Kartoffeln	11	13
Butter, 1 Maß (4 Berl. Qrt.)	2 10	2 20
Roth. Kle. 100 Pfd. 3. G.		
Weißer Kle. dito		
Heu, per 100 Pfd. 3. G.		
Stroh, per 100 Pfd. 3. G.		
Rübsl. d. St. 100 Pfd. 3. G.		

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, a 80 % Traales.

16. Nov. . . . 18 1/2 Sgr. — 18 1/2 Sgr.

18. . . . 18 1/2 Sgr. — 18 1/2 Sgr.

Die Markt-Kommission

zur Feststellung der Spirituspreise.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 18. Novbr. 1861.

Fonds.	Br. Gd. bez.
Preuss. 3 1/2 % Staats-Schuldsch.	89 1/2
4 % Staats-Anleihe	102 1/2
4 1/2 %	102 1/2
Neueste 5 % Preussische Anleihe	107 1/2
Preuss. 3 1/2 % Prämien-Anl. 1855	102 1/2
Posener 4 % Pfandbriefe	98
3 1/2 %	95 1/2
Schlef. 3 1/2 % Pfandbriefe	97
Westpr. 4 %	93 1/2
Poln. 4 %	97
Posener Rentenbriefe	97
4 % Stadt-Oblig. II. Em.	93 1/2
5 % Prov. Obligat.	93 1/2
Provinzial-Bankaktien	89 1/2
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	88 1/2
Oberchl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—
Prioritäts-Oblig. Lit. E.	85 1/2
Polnische Banknoten	85 1/2
Ausländische Banknoten große Ap.	—

Der Vorstand.